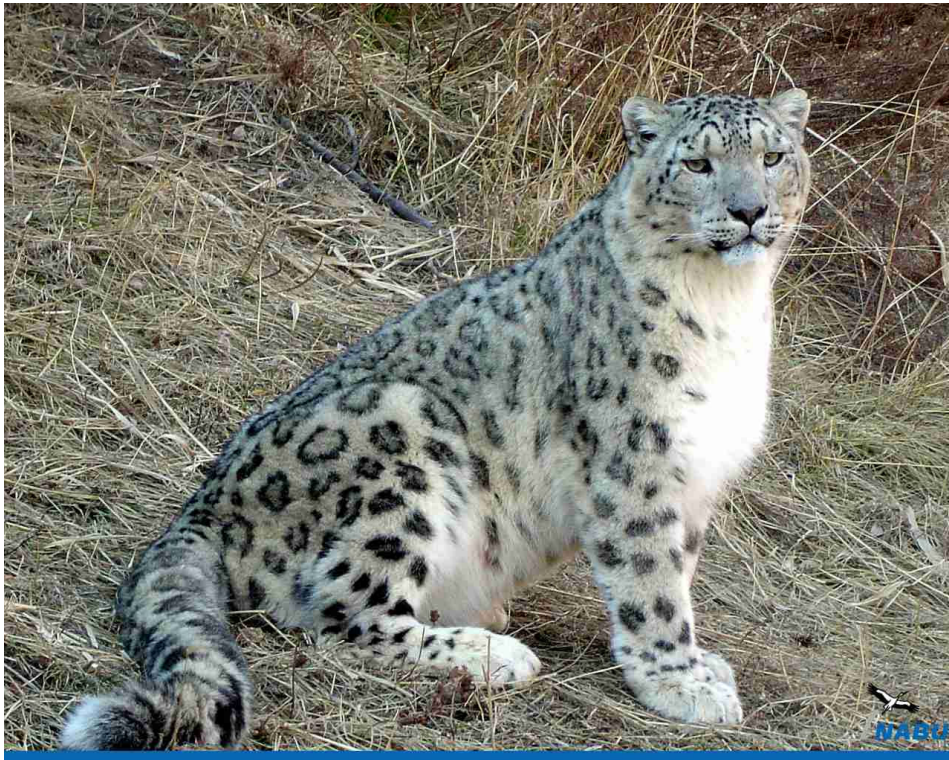


tarantel Nr. 37

Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform
bei der Linkspartei.PDS

II/Juni 2007



Energiesicherheit – gerecht
und umweltverträglich

Sind die Tage des
Schneeleoparden gezählt?

Der Klimawandel und die G8

Kuba – Auf dem Weg zur
Zukunftsfähigkeit?

Inhaltsverzeichnis

Sind die Tage des Schneeleoparden gezählt? Tschingis Aitmatow	1
Das Schneeleopardenprojekt des Naturschutz- bundes Deutschland	2
Klimawandel	2
Der Klimawandel und die G8 <i>Marko Ferst</i>	2
Von Kyoto nach Heiligendamm. Trügerische Hoffnung auf eine klimapolitische Kehrtwende <i>Bernd Brouns</i>	4
Klimakrise ist mit den Mechanismen des Marktes nicht zu lösen <i>Gregor Gysi</i>	7
Kuba – Auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit? <i>Edgar Göll</i>	8
Lotta continua. Meine Nachlese zum Weltsozialfo- rum in Nairobi 2007 <i>Helmut Horst</i>	13
Albert Schweitzer – Appell an das Gewissen der Menschheit <i>Hartmut Kegler</i>	15
Die Ökologische Plattform und die neue Satzung <i>Detlef Franek, Marko Ferst</i>	18
Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen: Ein- stimmiger Gründungsbeschluss <i>Utz Kowalewski</i>	22
Energiepolitik	22
Beschluss des Parteivorstands der Linkspar- tei.PDS vom 4.12.2006	22
„Wir sind wie Forrest Gump“ <i>Michael Müller</i>	26
Geesthacht 1986: Nur ein „Zwischenfall“? <i>Dieter Vogel</i>	29
Guter Rat ist rar <i>Lothar Dölling</i>	31
Bücherecke	31

Termine

29. Juni - 1. Juli 2007

37318 Uder, Eichenweg 2
(Eichsfeld/Thüringen)
Bundestreffen der Ökologischen Plattform
bei der Linken
Schwerpunktthema:
„Energieautarke Regionen und Kommunen“
Anmeldung: oekoplattform@pds-online.de

29. Juni - 1. Juli 2007

54293 Trier, Auf der Jüngt 1
Rebellen, Reformer und Revolutionäre.
Karl Marx und Erich Fromm
Tel. 0651-8105232, www.erich-fromm.de

2. - 4. November 2007

Hamburg
Kongress der Linken
„Klima, Energie und Arbeit“
mit Gregor Gysi, Rudolf Hickel (angefragt),
Oskar Lafontaine, Mojib Latif, Wolfgang
Methling, Angelika Zahrt u. v. a.

Editorial

Liebe LeserInnen,
diese Tarantel ist die letzte vor dem Vereini-
gungsparteitag. Im Herbst wird sie dann - ne-
ben dem neuen Parteinamen - in einer geän-
derten Gestaltung erscheinen.

Aus aktuellem Anlass gehen wir in drei Artikeln
auf den Klimawandel bzw. den G8-Gipfel ein. -
Wird die herrschende Politik jemals solche
Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auch
gegen den Widerstand ihrer Lobby festlegen,
die den notwendigen Erfordernissen entspricht,
um den Klimawandel wenigstens zu begren-
zen?

Weiterhin dokumentieren wir in dieser Tarantel
den Beschluss des Parteivorstandes vom De-
zember des vergangenen Jahres bez. der
Energiesicherheit. Es ist gut, dass es einen
solchen Beschluss gibt. Aber darauf sollte sich
die Linkspartei nicht ausruhen. Ähnliche Be-
schlüsse zur Wärmeversorgung und zum
Treibstoffverbrauch wären unbedingt erforder-
lich!

Dieser Tarantel liegt eine Umfrage unserer
Plattform bei, mit der wir versuchen wollen,
den Schwung der Vereinigung für die Verbes-
serung unserer Arbeit zu nutzen. Eine Stel-
lungnahme zur neuen Satzung und den Ar-
beitsbedingungen der AGs und Plattformen
zeigt, dass nach dem Vereinigungsparteitag
nicht nur an einem neuen Programm gearbei-
tet werden muss, sondern auch die Satzung
unbedingt weiter diskutiert werden sollte.

Wir erwarten Euch zahlreich beim Bundestref-
fen in Uder/Eichsfeld!

Detlef Franek

Abb. Titelseite:
Schneeleopard

Kontakt:
Ökologische Plattform bei der Linkspartei.PDS
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin,
oekoplattform@pds-online.de

Redaktionsschluss: 2007-06-07

Redaktion und Layout:
Marko Ferst, Detlef Franek, Michael Hesz

Sind die Tage des Schneeleoparden gezählt?

Tschingis Aitmatow

Der neue Roman von Tschingis Aitmatow spielt mitten im aufgewühlten Kirgisien unserer Tage. Arsen Samantschin, ein kritischer Journalist, sieht in der Hauptstadt Bischkek seine hochfliegenden Pläne und Visionen scheitern und kehrt in sein Heimatdorf in den Bergen zurück. Der einst unbezwingbare Schneeleopard Dschaa-Bars ist sein Gegenpart, ihre Wege kreuzen sich auf tragische Weise. – Der Unionsverlag stellte Tschingis Aitmatow einige Fragen zu seinem Roman.

Gleich am Anfang Ihres Romans führen Sie den Leser direkt hinein in die Welt des Schneeleoparden Dschaa-Bars. Er wirkt Ihnen ganz nahe und vertraut. Haben Sie Schneeleoparden selbst gesehen, sind Sie ihnen begegnet?

Meine Großväter waren Jäger, sie kannten die Plätze der Schneeleoparden im Hochgebirge und wussten alles über ihr Leben. Seit meiner Kindheit sind sie mir vertraut aus zahllosen Erzählungen. Natürlich habe ich auch Filme und Videos gesehen. Abgesehen davon hat man als Schriftsteller ja auch seine Vorstellungskraft. Dass Dschaa-Bars im Roman eine Hauptrolle spielt, hat noch andere Gründe. Denn heute hat sich das ökologische Problem rund um die Schneeleoparden massiv verschärft. Unsere Vorfahren jagten sie mit Pfeil und Bogen. Heute haben die Jäger so mächtige Waffen, dass das Tier keine Chance mehr hat und nicht entkommen kann. Man geht mit Maschinengewehren auf es los, jagt es aus dem Helikopter. In meinem Roman kommen arabische Prinzen aus den Golfstaaten ins Dorf, um ihn zu jagen. Dieses internationale Jagd-Business ist für viele Bergdörfer fast die einzige Einkommensquelle. Ich wollte das Leben des Tieres ganz aus der Nähe zeigen. Aber mir geht es dabei auch um die mythologischen Dimensionen. Darum habe ich den Mythos der Ewigen Braut aufgegriffen. Diese alte Vorstellung wollte ich zu Literatur machen. Seit vielen hundert Jahren ist sie immer noch auf der Suche nach ihrem Bräutigam. Dies ist ein großer, tragischer Stoff. Die Kräfte des Bösen haben die große Liebe zerstört, die zwischen zwei jungen Menschen war. Kurz vor der Hochzeit haben arglistige Dorfbewohner die Braut entführt, um das Glück zu vereiteln. Ihm sagten sie, das Mädchen sei mit einem Nebenbuhler durchgebrannt. Voller Verzweiflung ist er daraufhin in den Bergen verschwunden. Hinterher sahen die Leute ihren Irrtum ein und

bereuten es. Zu spät.

Dass dieser Mythos bis heute lebt, dass unsere Leute immer noch glauben, die Ewige Braut irre umher und suche ihren Bräutigam, dass Menschen in gewissen Nächten für sie Feuer anzünden, sogar Pferde für sie bereitmachen, zeigt, wie groß diese Reue und die Trauer sind. Es geht um einen Mythos, aber dieses uralte Gefühl der Schuld ist Teil unserer Realität. Diese Regung ist wie ein Innwerden des Schlechten, das in der Menschennatur zum Ausbruch kommen kann.

Der Schneeleopard hat seine Parallelfigur im Journalisten Arsen, der auf andere Weise auch in die Enge getrieben ist. In den ersten Jahren des Umschwungs hatte er große Hoffnungen, jetzt ist er enttäuscht, pessimistisch, zornig und aus der Bahn geworfen.

Arsen ist enttäuscht, denn er wollte etwas Grandioses schaffen: eine Oper über den Mythos der Ewigen Braut. Die talentierte Sopranistin Aidana, seine große Liebe, sollte darin die Hauptrolle spielen. Aber die Zeiten haben sich geändert, dieser Traum hat im heutigen Leben keinen Platz mehr. Aidana will von ihm nichts mehr wissen, die Karriere als gefeierter Popstar ist ihr wichtiger. Darum sein Zorn und seine tiefe Wunde.

Ist er ein Don Quixote? Er ist ja nicht nur eine tragische Figur, er macht sich auch lächerlich, und er weiß es. Widerstreitende Gefühle kämpfen in ihm. Und er hat eine zutiefst dunkle Seite: Er will den Oligarchen ermorden, der ihm seine Aidana abspenstig gemacht hat.

Ja, er hat Mordfantasien, aus Rache, aus Enttäuschung, aus Erniedrigung. Diese Regung steckt in der Tiefe jedes Menschen. Wenn etwas geschieht, das man nicht mehr ertragen kann, wenn man keinen Ausweg mehr sieht – wie leicht rutscht einem dann heraus: Ich könnte dich umbringen, zum Teufel mit dir! ... Wenn er aber wirklich ein Mörder gewesen wäre, hätte er sich seinen alten Schulkameraden angeschlossen, als die planten, die arabischen Prinzen zu entführen und Lösegeld zu erpressen. Er hätte mit den Fanatikern gemeinsame Sache gemacht. Nein, er hat sich diesem Verbrechen in den Weg gestellt. Als er die Hauptstadt verlässt und ins vertraute Dorf kommt, um seinen Onkel als Dolmetscher für die reichen Jäger zu unterstützen, die die Schneeleoparden jagen wollen, erwacht er wieder zum Leben ... Aber seine Tragödie ist unaufhaltsam.

Dieser Roman zeigt ein beunruhigendes Bild von Kirgistan. Auf dem Land, in den Bergdörfern scheinen die Lebensbedingungen katast-

rophal. In der Hauptstadt herrscht das Big Business und walzt alles nieder, so empfindet es Arsen. Die Verbitterung geht so weit, dass Dorfbewohner die arabischen Prinzen, die zum Jagen kommen, als Geiseln nehmen und Lösegeld erpressen wollen, um sich ihren Anteil am globalen Reichtum zu holen.

Ja, die Probleme sind groß. Die Hoffnung, dass sich durch das neue System auf einen Schlag alles zum Guten wenden würde, hat sich natürlich nicht bewahrheitet. Das konnte nicht anders sein, die alten Fragen von Gut und Böse stellen sich auch hier.

Die Leser haben lange auf diesen neuen Roman gewartet. Ihr letzter, „Das Kassandramal“, erschien 1994.

Es ist so viel geschehen in diesen Jahren ... Aber ständig gingen mir Geschichten durch den Kopf. Ende 2005 habe ich mit der Nieder-

schrift begonnen. Und dann war der Roman in kurzer Zeit auf dem Papier, denn in meiner Fantasie war alles schon fertig.

Sie haben die Schirmherrschaft der Vereinigung zum Schutz der Schneeleoparden übernommen. Was ist Ihre Rolle darin?

Die Initiative kam vom Deutschen Naturschutzbund, ich habe sie gerne unterstützt. Leider konnte ich außer dem Präsidium bisher nicht sehr viel zu diesen Aktivitäten beitragen. Nun habe ich vielleicht das Nützlichste getan, was ich als Schriftsteller tun kann: über den Schneeleoparden schreiben.

Tschingis Aitmatow: Der Schneeleopard. Roman, 320 Seiten, 2007

Information und Leseprobe:

<http://www.unionsverlag.ch>

Das Schneeleopardenprojekt des Naturschutzbundes Deutschland

Nach den jüngsten Schätzungen leben in Kirgisien nur noch 260 Schneeleoparden. In nur wenigen Jahren fielen 50 bis 80 Prozent des Bestandes der Wilderei und dem illegalen Handel zum Opfer. Alleine ein Mantel kostet 16 Schneeleoparden das Leben.

Daher hat der NABU im Januar 1999 eine Wildhütertruppe zum Schutz des Schneeleoparden ins Leben gerufen. Zusätzlich zur äußerst erfolgreichen Arbeit der Gruppe werden seit Herbst 2000 Umweltbildungsmaßnahmen im gesamten Land durchgeführt.

Was der NABU vor Ort tut:

- Vorgehen gegen die Wilderei und den illegalen Handel,
- langfristige Sicherung des Einsatzes der Wildhütertruppe,
- Schaffung eines Bewusstseins bei der lokalen Bevölkerung für bedrohte Arten und
- langfristiger Erhalt des Lebensraums des Schneeleoparden.

Information:

<http://www.schneeleopard.de>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Schneeleopard> (lexikalische Erläuterungen mit Bildern)

Klimawandel

Der Klimawandel und die G8

Marko Ferst

Der G8-Gipfel symbolisiert in prominenter Weise das aktuelle Weltwirtschaftssystem, und die zahlreichen Umweltsünden, die sich aus ihm ergeben, sind Teil dieser Entwicklungsrichtung. Nicht zuletzt diese acht einflussreichen Länder treiben das neoliberale Modell voran, sorgen für eine zunehmend größere Spaltung zwischen Arm und Reich. In Zusammenarbeit mit Weltbank, IWF und WTO führen sie die weltweite Privatisierung und gleichzeitige Deregulierung voran und müssen zunächst die Logik ihrer Politik grundlegend korrigieren, bevor man ihnen in irgendeiner Weise Vertrauen

schenken könnte.

Ohne wirksamen Klimaschutz und Umweltvorsorge in allen Bereichen der Gesellschaft wird der Grundstein für extreme soziale Verwerfungen gelegt, die uns schon mittelfristig bevorstehen könnten. Die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels stehen sich aus der Verantwortung, und es wird nicht reichen, wenn wir aus Heiligendamm im Juni 2007 Lippenbekenntnisse ohne weitgehende praktische Folgen zu hören bekommen. Das CO₂-Reduktionsziel der EU von 20 % ist völlig unzureichend. Dies wird auf der Ausgangsbasis von 1990 berechnet. Damit ist der größte Teil dieses Ziels durch die drastischen Rück-

gänge in Osteuropa längst erreicht.

Aus der Pressemitteilung des Bundesumweltministeriums zum Umweltministertreffen im März 2007 in Potsdam liest sich heraus, wie schwierig Veränderungen in den G8-Ländern sind: Für einen echten Durchbruch muss die Bandbreite internationaler Umweltverhandlungen vergrößert werden. Die Erklärung zur biologischen Vielfalt enthält dringend überfällige Forderungen. Der illegale Handel mit seltenen Arten muss ausgetrocknet und illegaler Holzeinschlag besonders in den Regenwäldern unterbunden werden, invasive Arten, die die heimische Artenvielfalt bedrohen, sind zu stoppen.

In den letzten 15 Jahren verschwand eine Regenwaldfläche dreimal so groß wie Deutschland. Bisher ist nicht erkennbar, dass die Weltgemeinschaft ernsthaft diesen Aderlass stoppt oder deutlich verlangsamt. Mit dem rasanten Verschwinden der Regenwälder und durch das immer stärkere Ausbleichen der Korallenriffe durch den Klimawandel verlieren wir die beiden artenreichsten Refugien des Planeten und damit die „Kinderstuben“ der Evolution. Prof. Wolfgang Engelhart errechnete allein anhand der Vernichtungsrate des Regenwaldes bei angenommen 10 Millionen Arten insgesamt eine tägliche Aussterberate von 370 Tier- und Pflanzenarten.

Der G8-Gipfel in Heiligendamm sollte ein Klimakrisengipfel werden, auf dem ernsthafte Bemühungen zur Klimagasreduktion in allen beteiligten Ländern beraten werden. Für Deutschland hieße dies z. B., dass man gegenüber 1990 mindestens 40 % der Treibhausgase bis 2020 einspart, so wie dies die Umweltverbände fordern. Schritt für Schritt muss eine Lebens- und Arbeitsweise vorbereitet werden, die frei von klimarelevanten Emissionen ist. Global gesehen sind aber die Kohlendioxidemissionen von 2000 bis 2007 um nahezu 20 % gestiegen.

Solange man eine Perspektive anstrebt, wie im Kommuniqué des Gleneagler G8-Gipfels zu „Klimawandel, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung“ nachzulesen ist, die auf ein „starkes Wirtschaftswachstum“ setzt, und man mit einem globalen Energiebedarf rechnet, der bis 2030 noch einmal um 60 % steigen würde, wird am Ende der Untergang der heutigen Zivilisation stehen. Energieeffizienz und erneuerbare Energien, schadstoffarme Fahrzeuge u. a. werden im dazugehörigen Aktionsplan zwar erörtert, doch konkret messbare Vorgaben und Ziele fehlen. Zudem – auf einer endlichen Erde bei begrenzten Rohstoffvorräten ist ein andauerndes Wirtschaftswachstum schlicht unmöglich. Als erstes wird es uns beim Öl treffen. Das Angebot wird unter die steigende

Nachfrage sinken und damit samt spekulativen Effekten Erdöl unaufhörlich teurer werden lassen. Je nach Steigerungsrate beim Verbrauch reichen die Vorräte nur noch 30 - 40 Jahre, sind aber schon zwischen 2010 und 2020 nicht mehr in der gewünschten Menge verfügbar. Die militärische Sicherung des Ölnachschubs für einige Industriestaaten, G8-Staaten sind daran maßgeblich beteiligt, schafft auf destruktive Weise immer neue Konfliktzonen. Kraftstoffe, die aus Pflanzen hergestellt werden, treten mit der Ausweitung der Anbauflächen in Konkurrenz zu Nahrungspflanzen und sorgen damit für eine zunehmende Knappheit bei bestimmten Lebensmitteln, die für die Ärmsten in vielen Ländern der Erde immer schwerer erschwinglich werden.

Die G8 müssten auf eine solare Energiewende hinarbeiten. Mehr Energiesicherheit ist nur mit einem konsequenten Kurs auf 100 % erneuerbare Energien zu erreichen - bei energischen Anstrengungen, Energie effizienter zu nutzen bzw. einzusparen. Dort heißt die Richtung Faktor Zehn an Einsparpotential. Erdöl und Erdgas, Kohle und Uran müssen bei etlichen Ländern der G8 für teure Finanzen eingeführt werden - Wind, Biomasse, Sonne, Wasser und geothermische Kräfte haben diesen Nachteil nicht. Atomenergie kann bei schweren Unfällen ganze Staaten durch den radioaktiven Niederschlag in den Ruin treiben, und ein AKW-Neubau ist unter den heutigen Marktbedingungen ökonomisch unrentabel. Die Endlagerung von hochradioaktivem Atom Müll, der über etliche Millionen Jahre abgeschirmt von der Biosphäre gelagert werden muss, stellt ein Himmelfahrtskommando dar.

Wir bräuchten eine grundlegende Verkehrswende. Nicht nur das 3-Liter-Auto und künftig noch weniger Kraftstoffverbrauch wären anzustreben, sondern der Güterverkehr muss auf die Schiene. Viele Produkte wären wieder in der Region selbst herzustellen und gehören nicht über tausende Kilometer hin- und hertransportiert. Der öffentliche Verkehr darf nicht immer weiter ausgedünnt, sondern muss ausgebaut werden.

Die Trägheitskräfte sind geschichtlich beispiellos, und das Abwarten und Verzögern, das die G8-Staaten vorführen - die USA haben nicht mal das Kyotoabkommen unterzeichnet - wird seinen Preis haben. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass sich der Klimawandel viel schneller vollzieht, als Politik und Gesellschaft zu handeln bereit sind. Viele Effekte sind schon längst unvermeidlich geworden, weil 20 Jahre lang mit offenen Augen geschlafen wurde. Es ist notwendig, den nicht mehr abwendbaren Anteil der Erderwärmung in politische Folgen zu übersetzen. Alle Maßnahmen bei

Infrastruktur, Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und in der Landschaftspflege etc. sind zu überprüfen. Sie müssen so angelegt sein, dass durch sie in den kommenden Klimaveränderungen keine zusätzlichen Nachteile entstehen, und dies könnte man durch Anhörungsverfahren versuchen umzusetzen.

Die schlimmsten Folgen des Klimawandels werden aber weniger die G8-Staaten zu tragen haben, sondern die Menschen in den ärmeren Staaten. Die zunehmende Dürre in Afrika

zwingt immer mehr Menschen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. Das sich verändernde Klima raubt ihnen die Existenzgrundlagen. In Entwicklungsländern weiten sich extreme Unwetter viel schneller zu Katastrophen aus. Für Europa geht gerade einer der wärmsten Winter zu Ende und es beginnt der Sommer im Frühling. Damit endlich die Zeichen auf Grün gestellt werden für nachhaltigen Klimaschutz, müssen auch die Protestler und Protestlerinnen bei ihren Kundgebungen und Workshops gegen den G8-Gipfel vollen Einsatz zeigen.

Von Kyoto nach Heiligendamm. Trägerische Hoffnung auf eine klimapolitische Kehrtwende

Bernd Brouns

(analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis, 20. April 2007)

Der Klimawandel ist gegenwärtig in aller Munde. Neue Berichte des UN-Klimarats (IPCC) zeigen die dramatischen Folgen einer Politik des „weiter so“. Nicht nur in Deutschland überbieten sich PolitikerInnen gegenwärtig mit Lippenbekenntnissen zum Klimaschutz. Im Sog dieser öffentlichen Debatte erklimmte das Thema Klimawandel in den letzten Wochen auch die Agenda des G8-Gipfels in Heiligendamm im Juni 2007. Noch zur Jahreswende hatte die Bundesregierung bei der Präsentation ihrer G8-Schwerpunkte nur eine Nebenrolle für den Klimaschutz vorgesehen.

Auch wenn der aktuelle „Klima“-Hype in Medien und Politik teilweise absurde Formen angenommen hat, gibt es gute Gründe für den Bedeutungszuwachs des Themas Klimawandel. Neue Erkenntnisse der Klimawissenschaft aus den letzten drei bis vier Jahren haben mehr als zuvor die Notwendigkeit schnellen Handelns offenbart. Sollen sogenannte Kippunkte im Klimasystem umgangen werden, wo einzelne Folgen des schleichenden Klimawandels plötzlich und abrupt in irreversible Änderungen umschlagen, ist ein Umsteuern in den nächsten 10 - 15 Jahren erforderlich. Dieser Zeitraum ist auch deshalb so knapp bemessen, da in vielen Ländern umfangreiche Infrastrukturinvestitionen in der Energiewirtschaft und im Transportwesen anstehen, die entweder den Weg in die solare Energiewirtschaft ebnen oder die Nutzung fossiler Brennstoffe auf mehrere Jahrzehnte zementieren könnten. Auch für die internationalen Klimaverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen sind die nächsten zwei Jahre entscheidend. Bis

2009 soll ein neues Klimaschutzabkommen beschlossen werden. Nur dann ist ein nahtloser Übergang zum Kyoto-Protokoll zu gewährleisten, das im Jahr 2012 ausläuft. Nachdem Kyoto bestenfalls ein Trippelschritt auf dem Weg zur Minderung der globalen Treibhausgasemissionen war, müssen nun deutlich ambitioniertere Klimaschutzziele vereinbart werden, soll ein wirksamer Rahmen für eine Neuausrichtung der Energiewirtschaft gesetzt werden. Mittelfristig müssen auch aufstrebende Schwellenländer in größerem Maße als bisher ihren Beitrag zum globalen Schutz des Klimas leisten. Insbesondere aber gilt es, das Land mit dem größten Ausstoß an Treibhausgasen, die USA, wieder an den Verhandlungstisch zu bekommen. Dem G8-Gipfel in Heiligendamm könne hierbei eine entscheidende Rolle zukommen, so die Hoffnung vieler KlimaschützerInnen.

Die Anti-Kyoto-Politik von Bush ist nachhaltig

Als eine seiner ersten Amtshandlungen hatte der damals frisch gewählte George W. Bush im März 2001 die endgültige Abkehr der USA vom Kyoto-Protokoll bekannt gegeben. Damit verkündete er jedoch lediglich eine seit 1997, dem Jahr der Einigung auf das Kyoto-Protokoll, bekannte US-Position. Obwohl der damalige US-Vize-Präsident Al Gore das Protokoll auf dem Klimagipfel in Kyoto feierlich unterzeichnet hatte, stand bereits damals fest, dass die USA dem Protokoll nicht beitreten werden. Dazu müsste es vom US-Senat mit zwei Drittel Mehrheit bestätigt werden. Dieser jedoch hatte im Juni 1997 kurz vor der Kyoto-Konferenz einstimmig die „Byrd-Hagel-Resolution“ beschlossen, die eine Ratifizierung des Protokolls kategorisch ausschloss. Die vom Demokraten

Robert C. Byrd und Republikaner Chuck Hagel gemeinsam eingebrachte Beschlussvorlage begründete dies vor allem damit, dass nur Industrieländer, nicht aber große und aufstrebende Entwicklungsländer durch das Protokoll verbindliche Minderungsziel auferlegt bekämen. Zudem würde das Kyoto-Minderungsziel negative Folgen für die US-Wirtschaft nach sich ziehen. Diese beiden Argumente dienen der Bush-Administration bis heute als Gründe zur Ablehnung eines Kyoto-Beitritts.

In den ersten Jahren seiner Regierungszeit verschärfte die Bush-Administration ihr Vorgehen auch gegen MahnerInnen aus den eigenen Reihen. So wurden Kapitel zum Klimawandel aus Sachstandsberichten der US-Umweltbehörde gestrichen oder einzelnen NASA-WissenschaftlerInnen ein Maulkorb verhängt. Stritt Bush in den letzten Jahren zumindest nicht mehr die vom Menschen verursachte globale Erwärmung der Atmosphäre per se ab, so zeigt die Anfang April 2007 auf US-Intervention erfolgte Streichung von Passagen zu Klimawandelfolgen in Nordamerika aus der Zusammenfassung des zweiten Berichts des UN-Klimarats sein weiterhin politisch-instrumentelles Verhältnis zur (Klima-)Wissenschaft.

Das zwischenzeitliche, zumindest verbale Engagement in Sachen erneuerbarer Energien und Energieeinsparung begründet Bush denn auch zuvorderst mit der zunehmenden Abhängigkeit der USA von Öl-Importen. In Zeiten steigender Ölpreise bei gleichzeitig schwindenden heimischen Öl-Vorräten, dem Irak-Krieg und einem nicht eben besonders guten Verhältnis zu einem der Hauptimportländer, Venezuela, mag dies auch nicht verwundern. Doch in Sachen Klimawandel, so sind sich alle BeobachterInnen in und außerhalb der USA einig, wird sich unter der Bush-Administration auf Bundesebene nicht viel bewegen, was man auch nur ansatzweise mit einer aktiven Klimapolitik in Verbindung bringen könnte. Auch die im November 2005 von den USA unter großer medienöffentlicher Aufmerksamkeit angestrebte „Asia-Pacific Partnership on Clean Development and Climate“ mit China, Indien, Südkorea, Japan und Australien war schlicht ein Schachzug zur Delegitimierung des Kyoto-Prozesses unmittelbar vor dem UN-Klimagipfel in Montreal Ende 2005. Diese Partnerschaft ist seither mehr oder minder eingeschlafen, substanzielle Fortschritte sind zumindest nicht zu berichten.

Jenseits des Weißen Hauses ist jedoch seit etwa drei Jahren auch in den USA Bewegung in die Klima-Debatte gekommen. Neben den Umweltverbänden sind es nicht zuletzt Teile der Wirtschaft, die aufgrund der fehlenden kli-

mapolitischen Vorgaben im eigenen Lande für ihr Produktportfolio die Felle in einigen Exportmärkten davonschwimmen sehen. Auch aufgrund dieses Drucks haben sich mittlerweile zahlreiche Bundesstaaten und Kommunen in den USA zu klimapolitischen Sonderwegen entschlossen. So haben über 400 BürgermeisterInnen das „Mayors Climate Protection Agreement“ unterzeichnet und sich damit für das Einhalten des US-Kyoto-Ziels in ihren Gemeinden ausgesprochen. Und auch die überwiegende Mehrheit der PräsidentschaftsanwärterInnen, ob Demokraten oder Republikaner, versprechen mehr Klimaschutz. Das Weiße Haus, so konstatierte kürzlich das Handelsblatt, habe sich zusehends in eine Art Ökolation manövriert.

Die fossilen Drogen der kapitalistischen Ordnung

Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt. Auch die klimapolitischen Forderungen aus den Reihen der Demokraten bleiben hinter den moderaten Kyoto-Zielsetzungen zurück. Dies ist insofern auch nicht weiter erstaunlich, als dass die US-Treibhausgasemissionen seit 1990 um knapp 16 Prozent zugelegt haben, ein Erreichen des Kyoto-Minderungsziels von sieben Prozent also außer Reichweite ist. Getrieben von der wachsenden Importabhängigkeit von immer knapper werdenden Gas- und Ölvorkommen wird eine neue US-Administration jedoch um eine Nejustierung ihrer Energiepolitik nicht herumkommen - eine ihrer Rolle als weltweit größter Emittent von Treibhausgasen eigentlich angemessene Klimapolitik wird aber auch dann nicht betrieben werden.

Doch die Hoffnungen auf eine klimapolitische Kehrtwende auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm werden nicht nur wegen der Blockadehaltung der Bush-Administration enttäuscht werden. Die für den internationalen Klimaschutz wichtigen Entscheidungen werden schlichtweg an anderen Stellen getroffen. Neben dem Kyoto-Prozess ist es auch die internationale Handels- und Finanzpolitik, die mittelbar den Rahmen für das Ergreifen von Klimaschutzmaßnahmen absteckt. Die einzelnen G8-Staaten haben in diesen Politikfeldern zweifelsohne wesentlichen Einfluss auf Entscheidungen, doch die G8 als Institution hat jenseits der dort gehaltenen Sonntagsreden nur symbolische Wirkkraft auf die Fortentwicklung internationaler Klimapolitik.

Bereits auf dem G8-Gipfel im schottischen Gleneagles 2005 war „Klima“ eines von zwei Top-Themen. Der dort vereinbarte Dialogprozess mit fünf großen Schwellen- und Entwicklungsländern (G8+5) hatte bisher lediglich ein weiteres Treffen im Oktober 2006 in Mexiko

zur Folge. Genauso wie der in Gleneagles verabschiedete Klima-Aktionsplan resultierte der Dialog bisher in keinerlei substanziellen Ergebnissen. Auch in Zukunft sind diese nicht zu erwarten. Bezeichnenderweise trat Klimaschutz schon ein Jahr später in den Diskussionen um „Energiesicherheit“ auf dem G8-Gipfel in St. Petersburg in die zweite Reihe, und es wurde vielmehr die zentrale Rolle fossiler Brennstoffe für die zukünftige Energieversorgung betont.

Die in Heiligendamm versammelten Regierungschefs, also auch George W. Bush, werden höchstwahrscheinlich einen Appell für mehr Klimaschutz in die Welt aussenden. Sie werden damit den Anschein erwecken wollen, eine der großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts anzugehen. Die Unverbindlichkeit und kurze Halbwertszeit der G8-Erklärung wird sich jedoch kaum ein halbes Jahr später offenbaren. Auf dem nächsten UN-Klimagipfel in Bali (Dezember 2007), wenn es die Basis für ein Kyoto-Folgeabkommen zu legen gilt, werden sich zumindest Teile der G8+5-Staaten wieder in ihre Schützengräben zurückziehen, um eventuelle klimapolitische Offensiven abzuwehren.

Bei aller Kritik am vor sich hindümpelnden Kyoto-Verhandlungsprozess ist die internationale Koordinierung von Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Vereinten Nationen alternativlos. Nur hier besteht ein institutioneller Rahmen, der das Setzen verbindlicher Ziele und deren Überprüfung mit Sanktionsmechanismen erlaubt. Vor allem aber sind im Gegensatz zur G8+5 auch diejenigen Länder an den UN-Verhandlungen beteiligt, deren Bevölkerung zu den Hauptleidtragenden des Klimawandels zählen. Diese Staaten fangen gerade erst an, ihre Interessen an einer ambitionierten Klimapolitik und Ausgleichsmechanismen zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels wahrnehmbar zu artikulieren, können aber zukünftig eine zunehmend wichtigere Rolle für einen erfolgreichen Verlauf der Klimaverhandlungen spielen.

Der UN-Klima-Prozess der letzten drei bis fünf Jahre war jedoch eine Farce, von Taktieren, Abwarten und Belanglosigkeiten geprägt. Um den nötigen Schwung in die Verhandlungen zu bringen, bedarf es zumindest zweierlei Dinge:

Alle reden vom Wetter – auch die G8 in Heiligendamm

1. Verhandlungen müssen aus ihrem Nischen-Dasein befreit werden. Die Bekämpfung

des Klimawandels erfordert ein Infrastrukturalles des auf fossilen Brennstoffen basierenden Entwicklungsmodells der letzten 200 Jahre. Dies übersteigt schlichtweg die Kompetenzen der bisher federführenden UmweltministerInnen. Würde Kanzlerin Merkel mit der Autorität ihres G8- und EU-Vorsitzes die Staatschefs anstatt nach Heiligendamm nach Bali einladen, müssten sie tatsächlich einmal Farbe bekennen. Dies würde zumindest das Potenzial zu einer Beschleunigung des Prozesses in sich bergen, ließe es doch keine Ausflüchte der jeweiligen Verhandlungsleitungen mit Verweis auf die heimische Regierung mehr zu.

2. Von entscheidender Bedeutung aber ist, dass den Sonntagsreden aus Politik und Wirtschaft endlich Taten folgen. Das beste Argument, um Staaten wie die USA von der Machbarkeit ambitionierter Klimapolitik zu überzeugen, ist, selber beispielhaft voranzugehen. Die klimapolitische Performance der selbst ernannten Vorreiter EU und Deutschland lässt jedoch mehr als zu wünschen übrig: seit Jahren bestenfalls stagnierende Emissionen, ein Emissionshandelssystem, dessen Ausgestaltung strukturelle Änderungen in der Energiewirtschaft verhindert, und kaum Unterstützungsleistungen für die Opfer des Klimawandels. Auch die von Politik und Medien gefeierte Einigung der EU auf ein Minderungsziel von 20 Prozent bis 2020 auf dem EU-Frühjahrgipfel in Brüssel im März 2007 bewegt sich am unteren Rand der Forderungen, die die EU noch vor zwei Jahren an alle Industrieländer stellte - eine Vorreiterrolle sieht anders aus.

Erstaunen kann dies indes nicht. Würde ein Entzug von der fossilen Droge doch an den Grundfesten der bestehenden kapitalistischen Ordnung rütteln. Widerstand muss daher an den vielfältigen Schaltstellen der Macht ansetzen - sei es die WTO oder das Oligopol der Energiewirtschaft in Deutschland oder den USA. Hier wird über die Zukunft des Klimas entschieden. In Heiligendamm wird nur drüber geredet.

Bernd Brouns ist Referent für Energie- und Umweltpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE. . Von 2000 bis 2006 arbeitete er am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie zu Fragen internationaler Klimapolitik.

Klimakrise ist mit den Mechanismen des Marktes nicht zu lösen

Gregor Gysi

(Antwort auf die Regierungserklärung zur Klimapolitik der Bundesregierung nach den Beschlüssen des Europäischen Rates. Rede im Bundestag am 26.04.2007)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Spät, aber immerhin: Die Menschheit wacht auf. Weltweit wird über die Klimakatastrophe bzw. die mögliche Klimakatastrophe diskutiert. Die Diskussion hat selbst die USA erreicht. Das klingt zuerst einmal, zumindest vom Zeitgeist her, nach einem Fortschritt. Wenn man sich aber den CO₂-Ausstoß ansieht, der uns so beschäftigt, dann muss man zu Beginn erst einmal eine grundsätzliche Feststellung machen: Diese ganze Katastrophe liegt nicht an den Entwicklungsländern, sondern ausschließlich an den Industriegesellschaften.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn pro Einwohner werden in einem Entwicklungsland im Durchschnitt etwa 2 Tonnen CO₂ im Jahr ausgestoßen, in den USA sind es pro Einwohner im Jahr 20 Tonnen, und in Deutschland sind es pro Einwohner im Jahr 10 Tonnen. Damit liegt Deutschland, auch das muss man sagen, immer noch über dem Durchschnitt in Europa. Allerdings ist es wahr, dass es von 1990 bis 1993 eine ungeheure Senkung des CO₂-Ausstoßes gab. Das lag aber ausschließlich an der Deindustrialisierung des Ostens. Es soll mir keiner heute erklären, dass das aus ökologischen Gründen geschah. Ich glaube, das geschah aus reinen Profitgründen und hatte mit Unternehmen in den alten Bundesländern zu tun, zumindest zum Teil.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber jetzt steigt der CO₂-Ausstoß wieder an. Das sollte uns nachdenklich machen. Oft wird gesagt - auch der Kollege von der FDP hat es getan -: das gefährde die Erde bzw. das zerstöre die Natur. Ich glaube, beides ist falsch. Frankreich hat weltweit einige Inselchen. Die nutzt Frankreich, um unter Wasser Atomwaffenversuche durchzuführen, wie bekannt ist. Ich habe einen Dokumentarfilm gesehen, den ich sehr interessant fand. Da wurde gezeigt, dass Dokumentarfilmer zu solchen Inseln gereist und mit entsprechenden Anzügen bekleidet unter Wasser gegangen sind, um zu prüfen, ob es da noch Pflanzen und Tiere gibt. Sie selber konnten aus Ihren Anzügen nicht heraus; denn dann wären sie sofort tot gewesen. Interessant ist, dass es all die Tiere und Pflanzen, die es früher dort einmal gab, nicht mehr gibt. Aber es gibt dort massenhaft Pflanzen

und Tiere, die kontaminiert sind. Das macht ihnen bloß nichts aus. Was kommt dabei heraus? Wir können die Natur nicht wirklich zerstören, genauso wenig die Erde. Aber unsere Lebensgrundlage können wir zerstören. Dann wird es die Menschen auf der Erde nicht mehr geben. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Allen voran leisten die Industriegesellschaften, vor allem die USA, ihren Beitrag dazu.

Was bedeutet eigentlich Erderwärmung? Erderwärmung bedeutet, dass wir ein Drittel weniger Niederschläge hätten, wenn es so weiterginge. Erderwärmung bedeutet, dass der Meeresspiegel enorm steigt. Man müsste Mauern bauen, um zu verhindern, dass alles überschwemmt wird. Ich glaube, niemand hat das Geld und die Kraft, Indien und Bangladesch solche Schutzmaßnahmen zu bezahlen.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!)

Erzählen Sie doch nicht einen solchen Unsinn! Dieses Thema ist nicht zum Witze machen geeignet. Sie können Indien und Bangladesch auf diese Art und Weise nicht retten. Sie bezahlen es erst recht nicht.

Klimaerwärmung bedeutet, dass das Trinkwasser knapper wird und dass Landwirtschaft zum Teil unmöglich wird. Es wird dann einen Kampf um Wasser und um fossile Energierohstoffe wie Erdöl geben. Die heutigen Kriege im Irak und in Afghanistan haben schon sehr viel mit dem Kampf um fossile Energierohstoffe zu tun. Das ist das Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens, Frau Künast, weil Sie gelegentlich für Kriege sind: Dort fliegen besonders viele Flugzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß.

(Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gregor, der billige Jakob!)

Davon abgesehen gibt es im Tschad und in Nigeria auch innere Auseinandersetzungen wegen des Erdöls. Das heißt, der Kampf der Menschen um diese Rohstoffe wird zunehmen. Das ist gar nicht gut.

Wie kann man das verhindern? Welchen anderen Ansatz braucht man? Wir brauchen wieder ein Primat der Politik über die Wirtschaft. Der Neoliberalismus spricht genau dagegen. Mit dem Primat der Politik über die Wirtschaft hat die FDP Schwierigkeiten, genauso wie die Union, die Grünen und die SPD. Das ist das Problem. Wir müssen darum kämpfen, dass die Politik wieder entscheidet. Sonst können wir ökologische Belange nicht durchsetzen, erst recht nicht gegen Profitinteressen in der

Wirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt übrigens ein schönes Zitat von Professor Ulrich Beck aus der „taz“ vom 3. April 2007:

„In seinem Aufsehen erregenden Klimareport bezeichnet der ehemalige Weltbank-Ökonom Nicholas Stern die globale Klimaveränderung als das größte Marktversagen in der Geschichte. Wenn wir weiter auf die Mechanismen des Marktes vertrauen, werden wir die Klimakrise nicht lösen ... Auch die Grünen müssen ihr marktwirtschaftliches Kleindenken überprüfen ...“

Mir scheint da etwas dran zu sein. Wenn wir über den Kapitalismus nicht hinausdenken, werden wir die Fragen nach der Verhinderung einer Klimakatastrophe nicht lösen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun gibt es viele Ansätze. Wir sind uns einig: Wir brauchen die Förderung der erneuerbaren Energien. Hier ist in Deutschland einiges geleistet worden. Wir brauchen des Weiteren Energieeinsparungen; darüber hat der Minister schon gesprochen. Wir müssen aber auch über den Verkehr neu nachdenken. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Sie haben die Bahn privatisiert. Das ist wieder eine Maßnahme, die dazu dient, das Primat der Politik zu verhindern. Nun muss sich die Bahn rechnen. Deshalb haben wir das Problem, dass die Gütertransporte mit der Bahn teurer sind als auf der Straße und dass der CO₂-Ausstoß viel höher ist, weil ständig Lkws fahren und weil wir die Bahn diesbezüglich nicht attraktiv machen können; das ist das Problem. Wir waren gegen die Privatisierung der Bahn, damit wir auch hier im Bundestag die Hoheit über solche Fragen behalten.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg van Essen (FDP): Das ist doch eine abstruse Argumentation!)

Dann wird über Autos, Flüge und Tourismus geredet. Die Grünen neigen dazu, diese Fragen durch soziale Ausgrenzung zu lösen. Ich erinnere Sie an Ihren Beschluss, 5 DM pro Liter Benzin zu verlangen. Was hätte das denn bedeutet? Das hätte bedeutet, dass Besserverdiener wie wir weiterhin hätten Auto fahren können, während wir die Normalbürgerinnen und Normalbürger sowie die ärmeren Schichten von der Straße verdrängt hätten. Ähnlich

denken Sie, wenn es um Flüge und Tourismus geht. Ich will nicht in einer Gesellschaft leben, in der nur die obersten Zehntausend in den Genuss des Tourismus kommen können. Diese Art der Ökologie lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen in sozialer Gerechtigkeit ökologische Strukturen schaffen. Das heißt darin stimmen wir überein, dass wir andere Techniken fördern müssen. Das gilt beim Flugzeug genauso wie beim Auto und bei anderen Verkehrsmitteln.

Lassen Sie mich noch etwas zu Ihrem Emissionshandel, zu den Zertifikaten sagen. Das ist schon ein starkes Stück.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sie wissen, Herr Kollege, dass Sie sich ein bisschen beeilen müssen.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Ich will das deshalb an dieser Stelle erwähnen: In allen Ländern werden Zertifikate versteigert.

(Dr. Uwe Küster (SPD): Sie nehmen Ihrer Kollegin nur Redezeit weg!)

In Deutschland haben SPD und Grüne den Konzernen die Zertifikate kostenlos übergeben, als Geschenk. Dann bekamen die Zertifikate einen Wert, und die Konzerne haben diesen Wert genutzt, indem sie ihn auf den Energiepreis aufgeschlagen haben. Sie haben also kostenlos einen Riesengewinn gemacht.

Die Regierung hat darüber hinaus Zertifikate mit einem Volumen ausgegeben, das 7 Prozent über dem CO₂-Ausstoß in Deutschland lag. Im Ergebnis ist der Wert der Zertifikate enorm gefallen. Vor allem aber musste niemand Zertifikate zukaufen. Null ökologische Wirkung ist dadurch eingetreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bundesminister Gabriel, Sie haben einen Vorschlag gemacht, wie es in einer Wohnung wärmer werden kann, wie man am effizientesten lüftet. Sie haben recht: Wenn man näher zusammenrückt, wird es wärmer.

Das Entscheidende ist, dass wir die Umstellung brauchen. Diese Frage ist unter friedenspolitischen, entwicklungspolitischen und sozialen Gesichtspunkten so wesentlich, dass daraus eine Menschheitsfrage geworden ist.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Kuba – Auf dem Weg zur Zukunftsfähigkeit?

Edgar Göll

In Kuba existieren trotz aller internen und den immensen externen Problemen (Blockade und

kalter Krieg durch die USA) interessante politisch-gesellschaftliche Steuerungs- und Regulierungsversuche und Einzelmaßnahmen im Bereich von Umwelt und Nachhaltigkeit.

Erstaunliche Einschätzungen zu Nachhaltigkeit in Kuba

Nach Einschätzung des Berichts „The Ecological Footprint“ ist Kuba sogar eine Art Vorbild für Zukunftsfähigkeit. Diese Studie von 2005, deren Ergebnisse in der Studie von 2006 bestätigt worden sind, ist vom Global Footprint Network (GFN) gemeinsam mit dem WWF und der IUCN herausgegeben worden. Darin wurden Daten von 150 Nationen zusammengestellt. Ein Schaubild setzt die Lebensqualität in den Ländern - von der UN per „Human Development Index“ (HDI) eingeschätzt - ins Verhältnis zum jeweiligen „ökologischen Fußabdruck“, der sich aus dem Pro-Kopf-Verbrauch an Ressourcen ergibt. Anschaulich wird so, dass viele Länder weit über die Verhältnisse leben, während in vielen anderen Mindeststandards unterschritten werden. Eine nachhaltige Entwicklung ist laut Bericht dann gegeben, wenn der HDI mindestens 0,8 beträgt, der ökologische Fußabdruck maximal 1,8 Hektar. Als einziges Land hat diese Werte bislang Kuba erreicht (0,81 HDI, 1,4 Hektar). 2001 benötigte die Menschheit den Untersuchungen zufolge etwa 2,2 Hektar Land pro Kopf. Zur Verfügung stehen jedoch nur 1,8 Hektar. Die Verursacher dieser Schiefelage werden im GFN-Bericht klar benannt: US-Amerikaner verbrauchen das Sechsfache, EU-Bürger das Drei- bis Vierfache der ihnen zukommenden Naturressourcen.

Aber wie kommt es dazu, dass Kuba in Sachen sozial-ökologischer Politik bzw. nachhaltiger Entwicklung so relativ hervorragend dastehen kann? Hierzu existieren förderliche Rahmenbedingungen wie z. B. klare Aussagen in der Verfassung, Gesetze und Programme. Zahlreiche und sehr vielfältige Politiken, Programme und Aktivitäten sind zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung im Einsatz, sie sollen nachhaltige Verhaltensweisen anregen und unökologische Prozesse abstellen. Besonders positiv hervorzuheben sind die Kampagnen, wie z. B. das im Dezember 2005 gestartete „Jahr der Revolution im Energiesektor Kubas“, mit der einzelne Ansätze verknüpft und neue Impulse gegeben werden und so zu spürbaren positiven Ergebnissen beitragen sollen – inzwischen gibt es erste positive Ergebnisse im Bereich Energieeinsparungen.

Für ein vergleichsweise hohes Niveau der sozialen Dimension ist Kuba bereits weit über seine Grenzen hinaus berühmt und geschätzt. Die hohe Priorität von Gesundheit und Bildung ist geradezu legendär, wenngleich – wie auch bei der ökologischen Dimension – durch sehr begrenzte Finanzressourcen beeinträchtigt. Besonders erwähnenswert sind die direktde-

mokratischen Beteiligungsprozesse in Stadtteilen, die Ansätze für LA-21-Prozesse in einigen Kommunen und die Umweltbildungsmaßnahmen in den Schulen.

Die institutionellen Aspekte nachhaltiger Entwicklung sind in Kuba durch diverse Gesetze und weitgehende Regelungen für alle wesentlichen Felder und sogar Wirtschaftssektoren bzw. Politikfelder formuliert. Doch wie in allen anderen Gesellschaften klafft eine Lücke zwischen den Zielen und Vorgaben und deren Umsetzung und Verwirklichung. Hierzu dürfte auch die teilweise starre Bürokratie und Hierarchie des politischen Systems in Kuba beitragen.

Eine Besonderheit Kubas dürfte wohl darin bestehen, dass dort auch in kultureller Hinsicht gewisse Nachhaltigkeitsfaktoren unterstützt und gestärkt werden, was durch die Regierung, die verschiedenen Bildungseinrichtungen und durch die (staatlichen) Medien transportiert und bewirkt wird. Hier spielt auch ein hohes Maß an Internationalismus eine Rolle, der von der kubanischen Regierung in außerordentlich hohem Maße und aufgrund diverser Interessen aber auch humaner Grundsätze praktiziert wird. Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele.

Die ökonomische Dimension der Nachhaltigkeit kann als prinzipiell positiv angesehen werden, wenn es um die Erfüllung prioritärer Bedürfnisse der Bevölkerung geht. Doch da es vor allem und insgesamt sowohl an ökonomischer i. e. S. als auch an ökologischer Effizienz (z. B. Ressourceneffizienz) mangelt, ist dies wohl die insgesamt schwächste Nachhaltigkeitsdimension in Kuba. Aufgrund einer immer noch verbreiteten „Mangelsituation“ wird jedoch sehr intensiv Recycling betrieben und eine Verschwendung wie in westlichen Gesellschaften ist in Kuba bei weitem noch nicht erreicht. Und in technologischer Hinsicht werden in bestimmten Feldern außerordentliche Anstrengungen unternommen, um hier voranzukommen (insbesondere Informationstechnologien, Biotechnologien, Pflanzenmedizin).

Auch in Sachen Modernisierung der Stromversorgung und Sparkampagnen wurde einiges geändert. Bis vor kurzem war die Stromversorgung in Kuba sehr zentral orientiert. Vor allem das Kraftwerk in Matanzas war Hauptversorger in das Stromnetz. Nachdem es dort 2004 zu einem schwerwiegenden Defekt gekommen war (einige der Kraftwerke sind/waren bereits vor 1959 gebaut worden), wurde im folgenden Zeitraum die Stromversorgung stark modernisiert (durch Dieselgeneratoren) und dezentralisiert und damit auf eine breite Basis gestellt und spürbar stabilisiert. Im Zuge der Ende 2005 ausgerufenen „energetischen Revolution“

werden u. a. 262 Mio. US\$ für die Modernisierung und Instandsetzung des maroden Stromnetzes aufgewendet. In den vergangenen Jahren – und intensiviert mit der „energetischen Revolution“ – kam es zu umfassenden Energiesparkampagnen vor allem im Bereich der Elektrizität. Flankiert durch entsprechende Beiträge in Medien und der Thematisierung in den Betrieben wurden zahlreiche moderne energieeffiziente Geräte – sehr häufig chinesischer Herstellung und zu günstigen Konditionen – verteilt und dadurch alte „Stromfresser“ ersetzt. Dies gilt vor allem für Kühlschränke, Fernsehgeräte, Ventilatoren und Klimaanlage US-amerikanischer oder sowjetischer Herkunft. So gut wie flächendeckend erfolgte insbesondere der Eintausch moderner Energiesparlampen, Kochplatten, Tauchsieder, Schnell- bzw. Dampfkochtöpfe, Reiskocher etc. Zugleich wurden und werden die herkömmlichen Glühlampen weitgehend gratis gegen Sparlampen, die 80 Prozent weniger Energie verbrauchen, ausgewechselt: Die bislang weit verbreiteten 60-Watt-Glühlampen werden durch Sparlampen der Klassen 7, 15 oder 20 Watt ausgetauscht.

Verursachungszusammenhänge und Bestimmungsfaktoren

Die hier als insgesamt positiv eingeschätzte Umwelt- und Nachhaltigkeitssituation Kubas kann nicht primär einem etwaigen gesellschaftlichen Konsens bzw. weit verbreiteten Verhaltensmustern – also allgemein geteilter Einsicht und einem flächendeckenden gesellschaftlichen „Nachhaltigkeitsbewusstsein“ oder gar solcher Art verinnerlichte Verhaltensweisen der Kubanerinnen und Kubaner – zugeschrieben werden. Solche Elemente sind zwar nicht zuletzt wegen der nachhaltigkeitsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit in diesem Sinne durchaus vorhanden, allerdings allem Anschein nach weder hinreichend verbreitet noch fest verankert. Zudem wäre eine solche Verankerung in der gesamten Bevölkerung angesichts der nichtnachhaltigen (Praxis-)Tradition und Umgebung (kapitalistische Ökonomien, neoliberal dominierter Weltmarkt) auch höchst unwahrscheinlich und verwunderlich.

Der grundlegende strukturelle Faktor für die insgesamt vergleichsweise niedrige Umweltbelastung in Kuba ist vor allem das Niveau der sozioökonomischen Entwicklung, also der Stand (in quantitativer und qualitativer Hinsicht) der Produktivkräfte und der daraus sich ergebenden Lebens- und Konsumweise. Dieser Faktor weist vielfältige Facetten auf, wie z. B. den niedrigen Motorisierungsgrad (motorisierter Individualverkehr), der niedrige Wohnraumverbrauch, die geringe Verbreitung von Elektrogeräten, das bescheidene Industrialisie-

rungsniveau, der im Vergleich zum verschwenderischen Verbrauchsniveau der OECD-Staaten geringe Ressourcenumsatz pro Kopf (von westlichen Kommentatoren gerne und unreflektiert – also ideologisch – als „Mangelwirtschaft“ bezeichnet). Diese Ausprägungen ziehen selbst unter Berücksichtigung der noch niedrigen Ressourceneffizienz in Kuba eine insgesamt recht geringe Umweltbelastung nach sich. Vom Standpunkt der einzelnen Bürgerinnen und Bürger heißt dies allerdings, dass die Möglichkeiten zum Kauf von Konsumgütern etc. im Vergleich mit „westlichen“ Standards beschränkt sind. Doch das bedeutet auch, dass Kuba auf dem derzeitigen Verbrauchsniveau keine Suffizienzrevolution benötigt, wie dies in EU-Staaten, den USA und Japan der Fall ist – doch dort sind noch Innovationsdefizite und systemische Restriktionen und politische Widerstände („Reformblockaden“) mächtiger als progressive Kräfte. Kubanerinnen und Kubaner hingegen sind – wenn gleich dies aus der „Feder“ eines westlichen Akademikers obszön klingen mag – an Engpässe und geschickte Ausnutzung des vorhandenen Wenigen gewöhnt („aus Wenig mach Viel“), und es mag sich in gewisser Hinsicht eine „Einsicht in die Notwendigkeit“ herausgebildet haben, immer wieder hergestellt im Zuge der früher häufigen Stromabschaltungen. Hinzu kommt in Kuba auch der positiv genutzte Einfluss der Kultur (Martí u. a.); dadurch ist ein Denkraum bzw. ein Weltbild mit durchaus ökologisch-nachhaltigen Prioritäten entstanden, was wiederum eine gegenseitige Unterstützung des Zusammenhangs zwischen sozialer und ökologischer Sensibilität und Fürsorge ermöglicht.

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern, ganz zu schweigen von den meisten der unmittelbaren Nachbarländer, fällt der außergewöhnlich hohe Grad der positiven Thematisierung von Umwelt und Nachhaltigkeit in den (staatlichen) Medien und der Öffentlichkeitsarbeit in Kuba auf – und vermutlich auch positiv ins Gewicht. Die historischen Bezugnahmen auf José Martí, die Bildungsprogramme und Werbespots im Fernsehen (hervorzuheben ist die „Universidad para todos“), die Ansprachen von Führungspersönlichkeiten auf allen administrativen Ebenen (z. B. die von Fidel Castro proklamierte „Schlacht der Ideen“), programmatische Schriften und unzählige Artikel in den Printmedien erzeugen gewissermaßen einen öffentlichen Referenzrahmen, in welchem ethischen und moralischen Werten eine hohe Priorität beigemessen wird, und dies auch immer wieder (mehr oder weniger zutreffend) mit exemplarischer Politik und konkreten Maßnahmen untermauert wird.

Die Importabhängigkeit Kubas in Bezug auf Lebensmittel und Energie ist ein lange schon existierender, mit dem Kolonialismus gewachsener Zustand. Sowohl unter der Herrschaft Spaniens als auch der USA, danach in anderer Form durch die Einbindung in den RGW wurde eine eigenständige und selbstbestimmte Entwicklung verunmöglicht bzw. erschwert. Die Position Kubas im Rahmen der nach neoliberalen Maßgaben hierarchisierten internationalen politischen Ökonomie ist – trotz einiger Spezifika (hochqualifizierte Arbeitskräfte, einige wenige wichtige Rohstoffe) – sehr peripher. Das daraus sich ergebende Bewusstsein von Abhängigkeit dürfte mit dazu beitragen, dass Kuba kaum „über seine Verhältnisse leben“ kann/will. Eine ähnlich grundlegende Rolle dürfte die Insellage Kubas spielen, das damit tendenziell einhergehende Bewusstsein der Grenzen der eigenen Insel (bzw. des Archipels), das umgrenzt ist von Meer und im Falle Kubas von einem in mehreren Hinsichten „feindlichen“ Nachbarn. Ein solches Bewusstsein von „Insellage“ könnte demnach auch als ein weiterer ökologischer Faktor für die Entwicklung Kubas angesehen werden. Ein solches Bewusstsein dürfte mit der Größe und den Spezifika des Landes zu tun haben. Kuba ist hinsichtlich Fläche und Einwohnerzahl eine kleine Nation (etwa wie Dänemark, Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland). Dadurch ist eine gewisse Überschaubarkeit gegeben, eine traditionell recht hohe Dichte von Kommunikationszusammenhängen, von verwandtschaftlichen und nachbarschaftlichen Beziehungsmustern, und auch die Distanz zwischen Entscheidungsträgern/Parteieliten und BürgerInnen scheint um einiges geringer zu sein als die in großen Gesellschaften. Diese Konstellation dürfte auch zur Ausbildung eines vergleichsweise hohen Grades von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Solidarität (wie z. B. in Schweden, Dänemark und Österreich) beigetragen bzw. diese begünstigt haben. (Zu einer solchen Gestaltung bedarf es allerdings nicht nur „objektiver“ geografischer, sozialstruktureller Gegebenheiten, sondern auch kollektiv wirksamer sozialer und politischer Akteure.) Kuba ist übermächtigen Naturgewalten unmittelbar ausgesetzt. Hierfür sind vor allem die langdauernden Perioden der Wirbelstürme zu nennen, die immer wieder vor Augen führen, dass Natur(-gewalten) ernstgenommen werden müssen und dass ein möglichst intelligenter Umgang damit gelernt werden sollte. Die aufgrund der Klimakatastrophe zahlreicher und zerstörerischer werdenden Hurrikane richten alljährlich enorme Schäden an und verursachen immense Kosten für Prävention und (bislang sehr erfolgreichen) Schutz. Aufgrund der systematischen Präventions- und Schulungs-

maßnahmen ist dieses Betroffenheitsgefühl in der kubanischen Bevölkerung sehr gegenwärtig.

Ein ähnlich wirkungsmächtiger Faktor kommt mit der Auflösung des RGW/COMECON und des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten Osteuropas für Kuba hinzu. Mit dem Wegbrechen von 85 % der Außenmärkte und dem Einbrechen des Bruttoinlandsprodukts um über ein Drittel binnen kürzester Zeit zu Beginn der 1990er Jahre ergab sich eine tiefe ökonomische Krise („periodo especial“), die unter anderem zu einem besonders sorgsamem Umgang mit allen Arten von spürbar begrenzten Ressourcen zwang. Vor dem Hintergrund der sich daraus ergebenden Notlage wurden dann – durch die innovativen, pragmatischen Entscheidungsträger in Kuba – erstaunlich schnell alternative, tendenziell ökologische und nachhaltige Lösungswege gesucht und zum Teil sehr vehement verfolgt (z. B. Energieeffizienz). Neben diesen eher „objektiven“ Faktoren sind hier noch dezidiert gestaltende Faktoren zu skizzieren.

Das kubanische Regierungssystem spielt die zentrale und bestimmende Rolle für den gesellschaftlichen Wandel. Die Staatsführung hat einen selektiven Zugang zum neoliberal-kapitalistischen Weltmarkt gewählt, statt sich vollständig zu öffnen, auszuliefern und abhängig zu machen. Dadurch sind die kapitalistischen Zwänge (Ausbeutung, Vernichtung von Subsistenzwirtschaft, Erzeugung bzw. Verstärkung sozialer Ungleichheiten, unbegrenzte Konsumanreize etc.) im Vergleich zu den meisten anderen Staaten nur vermindert wirksam und daher nur punktuell zu berücksichtigen. Daher vermag Kuba seine eigenen sozialistischen Werte und Gesetzesgrundlagen zu verfolgen, und die Einflussmöglichkeiten von Konzernen sind hingegen begrenzt, die aus der Kapitalverwertung folgenden Zwänge sind noch recht schwach. Kubas Regierung trotzte bislang erfolgreich beispielsweise den Zwängen der Auslandsverschuldung und muss daher keine Auflagen á la „Washington Consensus“ befolgen.

Flankiert wurde diese pragmatische und zugleich ideologisch untermauerte Rettungs- und Vorwärtsbewegung in Kuba einerseits durch die notgedrungen erforderlich gewordene Distanzierung von den zusammengebrochenen „realsozialistischen“ Gesellschaften Osteuropas und deren nicht als positiv und anstrebenswert wahrgenommener „Verwestlichung“, und andererseits durch Beobachtung der (Fehl-)Entwicklungen in einigen lateinamerikanischen Nachbarstaaten (z. B. Nicaragua, Kolumbien, Argentinien) oder auch der problematischen gesellschaftlichen Trends in der

VR China.

In diesem Zusammenhang sei auch für Kuba auf die maßgebliche Rolle von Entscheidungsträgern und Führungspersonal, also auch den „subjektiven Faktor“ hingewiesen. Einen deutlich positiven und direkt wahrnehmbaren und nachvollziehbaren Erfolgsfaktor für Nachhaltigkeitspolitik stellt die Positionierung hochmotivierter, hochqualifizierter und anerkannter autoritativer Persönlichkeiten („leadership“ im besten Sinne des Wortes) in nachhaltigkeitsrelevanten Themenbereichen, Rollen und Ämtern dar.

Kuba besitzt außerdem eine lange Tradition für ökologisches bzw. nachhaltiges Denken, auf das wiederum die Führungskräfte immer wieder Bezug nehmen. Die reflektierte Haltung wird von den Führungspersonalitäten Kubas auch international immer wieder proklamiert, und kommt als deutliche Kritik gegen die westlich-kapitalistischen Gesellschaften zum Ausdruck: Dabei werden auch ansonsten im Kontext von Nachhaltigkeit selten genannte Aspekte, wie z. B. Aufrüstung und Kriegsführung, offen thematisiert und eine prononcierte alternative Haltung zum Ausdruck gebracht.

Fazit

Kuba kann demnach in Sachen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in vielen Hinsichten als sehr positiv und als „auf dem richtigen Weg befindlich“ eingeschätzt werden. Dort werden tatsächlich recht erstaunliche Maßnahmen durchgeführt und Ergebnisse erzielt, es werden sehr progressive und beachtenswerte Aktivitäten auf den Weg gebracht und umgesetzt. Der Verbrauch von Rohstoffen, der Ausstoß von Emissionen, das Aufkommen von Müll etc. sind noch vergleichsweise gering. Zugleich sind ökologische und soziale Standards relativ weit entwickelt, speziell was Bildung und Gesundheitsversorgung anlangt. Rechtliche Vorgaben, vielfältige Programme und Projekte sind teilweise vorbildlich. Und die in der Regierung und zahlreichen staatlichen Institutionen vorherrschenden Vorstellungen über die Entwicklungsrichtung Kubas sind sehr kompatibel mit dem Leitbild und den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung.

Allerdings ist auch in Kuba – wie in anderen Staaten, inklusive Deutschland oder der EU insgesamt – noch immer eine deutliche Kluft zwischen den ambitionierten proklamierten Zielen einerseits und deren Realisierung andererseits festzustellen. Mit hinein spielt im Falle Kubas allem Anschein nach die mit nur geringer Vehemenz erfolgende Ahndung von Verstößen z. B. gegen Umweltschutzregelungen. Die Diskrepanz zwischen den offiziellen Proklamationen und gesetzlichen Vorgaben und

der praktischen Umsetzung im Bereich Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik im Falle Kubas kann durch verschiedene Faktoren und deren Zusammenwirken erklärt werden.

Eine wesentliche Ursache sind wohl die sehr begrenzten finanziellen Mittel, die der kubanischen Regierung und den staatlichen Organen zur Verfügung stehen. Hier sei nochmals auf die von den USA ausgehende Isolationspolitik gegen Kuba verwiesen: Kuba hat dadurch keine Chance, durch den Pariser Club oder den Londoner Club Kredite zu erhalten; Kredite sind daher für Kuba meist nur zu stark erhöhten Zinsforderungen möglich gewesen. (Durch intensivierte Handelsbeziehungen Kubas zur VR China und Venezuela scheint sich dies zu verbessern.) Daneben spielen aber auch teilweise bürokratische Strukturen, überforderte Beamte, unzulängliches Bewusstsein der Relevanz von Nachhaltigkeit bei Entscheidungsträgern und insgesamt eine gewisse Art von Zurückhaltung/Passivität eine Rolle dafür, dass in Kuba die Potentiale für eine nachhaltige Entwicklung noch nicht hinreichend genutzt worden sind.

Hinzu kommen womöglich auch soziokulturelle und psychologische Aspekte wie zum Beispiel das, was man eine lateinamerikanisch-karibische Mentalität des entspannten Laissez-faire nennen könnte. Im Falle Kubas – in Zeiten der „periodo especial“ noch spürbarer – zeigt sich diese entspannte und letztlich humane Haltung in Form einer starken Toleranz gegenüber den mit den Alltagsnöten ringenden MitbürgerInnen und deren immer wieder praktizierten mehr oder weniger großen Übertretungen von Umweltschutzbestimmungen.

Verwiesen sei hier auf eine weitere wesentliche Ursache für die begrenzte Nachhaltigkeit: die unzureichende Effizienz in weiten Sektoren der kubanischen Industrie, der Landwirtschaft und des privaten Konsums. Das macht sich auch im Individualverkehr deutlich, also z. B. bei den zahlreichen alten (US-)Automobilen mit ihrem immensen Benzinverbrauch und dem exorbitanten Schadstoffausstoß. Weitere Probleme ergeben sich – wie oben gezeigt worden ist – durch die zwiespältigen Einflüsse des Massentourismus (Verschwendungsniveaus wie in Westeuropa; ungleiche Zugänge von Kubanerinnen und Kubanern zu Devisen und Produkten).

Wenn es darum geht, dass die in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik beteiligten Akteure genau und kritisch reflektieren, worauf die erwähnte Diskrepanz zwischen „Sollen und Sein“ zurückzuführen ist, tun sich auch die jeweils Verantwortlichen etwas schwer, nicht vor-schnell bzw. ausschließlich auf externe Faktoren zu verweisen. In diesem Zusammenhang

mangelt es in Kuba noch, wie so häufig auch in anderen Staaten, an angemessenen Optimierungsmechanismen wie aufwandsarmen und effektiven Monitoringverfahren, um die konkreten Defizite sukzessive festzustellen, zu überwinden und die Diskrepanzen zu reduzieren.

Perspektiven

Wie für alle anderen heutigen Gesellschaftssysteme stellt sich auch für Kuba die Frage, ob denn die bisherigen Aktivitäten in Richtung Nachhaltigkeit hinreichend sind. Denn selbst die in dieser Hinsicht bislang ansatzweise erfolgreiche kubanische Politik weist eine nur begrenzte Wirksamkeit auf und wird durch die oben skizzierten aktuellen Herausforderungen und gegenläufigen Tendenzen absehbar noch stärker als bisher beeinträchtigt werden. Aufklärende und mobilisierende Kampagnen als Charakteristik der kubanischen politischen Kultur stellen nur einen Strategietypus dar. Aber daneben existieren noch weitere Typen wie Ordnungspolitik, Ge- und Verbote, Preismechanismen (Internalisierung externalisierter Kosten), Steuerpolitik etc. Damit ist wieder einmal – wie im Kontext der Sozialstaatsdebatten – die grundlegende Frage nach den Anreizstrukturen für steuernde Politik bzw. sich selbst steuernde Gesellschaften gestellt, also die Frage, welche der unterschiedlichen An-

sätze besonders erfolgreich sein könnte oder besser, welcher Mix zum Beispiel für Kuba festzustellen ist und wie dieses optimiert werden könnte. Im Falle Kubas sticht hervor, dass klare staatliche Aktivitäten wirkungsvoll waren und sind, vielleicht weil sie ein passendes Pendant gegenüber der Macht von starken Wirtschaftsbranchen und Konzernen (also: dem Prinzip „Kapital“) darstellen. Vermutlich ist aufgrund der Dringlichkeit – nicht nur für Kuba – zuvörderst ein noch weiter zu demokratisierender Staat in der Lage, den derzeitigen nicht-nachhaltigen Trends effektvoller als per Marktmechanismus zukunftsweisende Aktivitäten und die Prinzipien der Nachhaltigkeit zu verwirklichen und die komplette Zerstörung menschlicher Existenzgrundlagen aufzuhalten.

Eine ausführliche Darstellung dieser Thematik zu Kuba findet sich in der aktuellen Publikation: Göll, Edgar: Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in Kuba: Überblick und kritische Würdigung eines Weges zur Zukunftsfähigkeit. IZT-Werkstattbericht Nr. 83, Berlin 2006, ISBN 978-3-929173-83-3, 20 €.

Bestelladresse e.thiede@izt.de

Kostenloser Download unter http://www.izt.de/publikationen/werkstattberichte/wb83_umweltpolitik_kuba.html

Lotta continua. Meine Nachlese zum Weltsozialforum in Nairobi 2007

Helmut Horst

Die zentrale Botschaft des Forums kann lauten: Der weltweite Kampf geht weiter! Gegen Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, Ungerechtigkeit, Krieg, Aids, gegen die unsozialen Verhältnisse, Umweltzerstörung und Korruption – für ausreichende Nahrung, saubere Luft und sauberes Wasser, für Gesundheitsvorsorge, Erziehung und Ausbildung, für die Durchsetzung der Menschenrechte und die Würde der Menschen.

Das WSF in Nairobi, das erste in einem afrikanischen Land, hat hier deutliche Zeichen gesetzt! Die täglichen Manifestationen und Demonstrationen durch die Millionenstadt, durch Slums und um das Stadionrund, in und vor dem die Veranstaltungen stattfanden, von Menschen aus der unterentwickelten Welt, haben gezeigt, dass die Armen und Ausgebeuteten immer weniger bereit sind, die katastrophalen Verhältnisse in ihren Ländern hinzunehmen.

Ob die vielen, kaum noch überschaubaren

Veranstaltungen das Wissen der TeilnehmerInnen erweitert haben, kann ich nicht ermes- sen, vermutlich wussten die meisten der rund 60 000 Menschen schon vorher, wie elend die Verhältnisse in Afrika und in den meisten Ländern des Südens sind.

Mit Sicherheit dienten die Treffen jedoch dem wichtigen Knüpfen von Verbindungen und Netzwerken - die Grundlage für künftige Kampagnen und Widerstandsaktionen global und in den jeweiligen Regionen.

Das erwartungsfrohe Motto der Sozialforen – Eine andere Welt ist möglich – wurde wohl noch nie so häufig deklamiert wie in Nairobi, es ist mittlerweile in das Bewußtsein der Menschen gedrungen, da sie nicht nur von der Richtigkeit dieser Aussage, sondern auch von ihrer Realisierbarkeit überzeugt sind.

Die Zustände, unter denen die Menschen in einem Land wie Kenia leben, das ja noch nicht einmal unter den letzten in der Welt rangiert, sind für uns Europäer schlicht unfassbar!

Die Armut, die elenden Wohnverhältnisse, der tagtägliche Dreck, Staub und Gestank – das

alles schreit nach Veränderung. Die Grundlage für diese erbärmlichen Zustände und Strukturen wurde bekanntlich durch den Kolonialismus der europäischen Staaten, durch Gewalt Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung gelegt. Die existierenden Strukturen, z. B. der funktionierenden Subsistenzwirtschaft, wurden beseitigt und die Produktion auf die Bedürfnisse der Kolonisatoren ausgerichtet, eine industrielle Entwicklung blockiert. Die gewalttätige Unterdrückung und vor allem der brutale Sklavenhandel haben das Bewußtsein der Menschen negativ geprägt.

Aber – so führt Bartholomäus Grill, langjährigen Korrespondent in vielen afrikanischen Staaten, in seinem überaus kenntnisreichen Buch „Ach, Afrika. Berichte aus dem Inneren eines Kontinents“ aus: Nun ist seit Jahrzehnten der Kolonialismus vorbei; es wäre nun endlich an der Zeit, dass die Völker Afrikas entschlossen daran gingen, die Zustände zu ändern, das Jammern über die Schrecklichkeiten der Vergangenheit müsste dem tätigen Handeln für Gegenwart und Zukunft Platz machen.

Allerdings, so weist er detailliert für fast alle Länder nach, gibt es ein gewaltiges Hindernis für grundlegende Reformen: Die neuen afrikanischen Potentaten haben zusammen mit ihrer treuen und korrupten Klientel nach Erringung der Unabhängigkeit erfolgreich danach getrachtet, die Ausbeutung der eigenen Bevölkerung fortzusetzen, häufig im Zusammenspiel mit den Regierungen der ehemaligen Kolonialstaaten. Die sog. „big men“ setzten die Unterdrückung in anderer Gestalt fort: hemmungslose Bereicherung auf Kosten des Landes, möglichst unumschränkte Machtenfaltung und Machtbehauptung, Unterdrückung der Meinungsfreiheit etc.

Das Erschreckende dabei (oder soll ich sagen: das schlimme Allzumenschliche) ist die traurige Tatsache, dass selbst die einst als Revolutionäre und Reformer Angetretenen nach Erreichung ihrer Herrschaftspositionen als quasi unabsetzbare Präsidenten, sich zu machtbesessenen, brutalen, nur noch auf den eigenen Vorteil erpichten Herrschern entwickelten, wie z.B. Mugabe in Simbabwe, Soglo in Benin, Chilupa in Sambia oder Kaliba in Zaire. Und einschneidende Reformen in Angriff nehmende Präsidenten wie Thomas Sankara in Burkina Faso wurden von den Gefahren für die eigenen Privilegien witternden Oligarchen ermordet.

Die Entwicklung zu demokratischen Verhältnissen ist auch deshalb so schwierig, weil sich ein selbstbewusstes Bürgertum in den großen Städten nicht entwickeln konnte. Tradierte autoritäre Strukturen und Mechanismen haben die Menschen geprägt, so dass die Hinna-

ungerechter Verhältnisse bisher die Normalität darstellt.

Auch deshalb sind internationale Sozialforen in Kontinenten wie Afrika so wichtig, weil sie die Botschaft vermitteln: Wir können auch anders, gemeinsamer Widerstand kann Strukturen infrage stellen und verändern! Die Sozialforen sind inzwischen ein politischer Faktor geworden, der nicht mehr einfach übergangen werden kann! Die „Verdammten dieser Erde“ – zumindest Teile von ihnen in allen Kontinenten - machen klar, dass sie ihr trauriges Los nicht mehr hinzunehmen bereit sind. Sie stärken sich gegenseitig in ihrem Widerstand gegen ausbeuterische und elende Zustände. Die gegenseitige Ermutigung und das Knüpfen von Netzwerken sind wohl die beiden wichtigsten Faktoren der globalen wie der regionalen Foren.

Und die ermutigende Entwicklung in Lateinamerika, wo in Ländern wie Kuba, Venezuela und Bolivien, aber auch in Argentinien, Brasilien, Uruguay, Ecuador und Nicaragua eine Umwälzung der Verhältnisse begonnen hat, zeigt den Völkern, dass es auch anders geht, dass neoliberaler Kapitalismus und Imperialismus nicht das letzte Wort der Geschichte sind. Was in Afrika alles zu tun wäre, um endlich menschenwürdige Verhältnisse zu entwickeln, wissen wir eigentlich. Eine Zusammenfassung kann man z. B. der Stellungnahme der Naturfreunde Internationale (NFI, www.nfi.at) vom Januar 2006 entnehmen:

Was braucht Afrika?

Stärkung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Institutionen; ein starker demokratischer Rechtsstaat ist wichtiger als neoliberale Deregulierung und Privatisierung. Bildung, Erziehung und soziale Entwicklung sind die Grundlage dieses demokratischen Rechtsstaates, und ohne gleichberechtigte Teilnahme der Frauen in allen Lebensbereichen ist Demokratie nicht möglich.

Notwendig sind der Auf- und Ausbau einer tragfähigen Wirtschaft mit der Stärkung des innerafrikanischen Handels, dafür werden viele private Investoren aus den Industriestaaten benötigt. Zugleich sind den afrikanischen Staaten Chancen auf dem Weltmarkt zu öffnen für ihre Produkte, nicht nur für Rohstoffe. In der Startphase müssen wir in Europa den afrikanischen Handelspartnern Einstiegshilfen und Vergünstigungen gewähren und Subventionen für unsere eigenen Produkte – insbesondere im Agrarbereich – verringern oder abschaffen. Heute könnte Afrika mehr als den eigenen Kontinent ernähren, wenn die fruchtbaren Böden besser genutzt würden. Aber die wachsende Umweltzerstörung – Wüstenbildung, Abnahme der Wälder, Rückgang der Wasser-

vorräte, Luftverschmutzung, Müllberge – könnte das alles zerstören und ein erfolgreiches Wirtschaften zunichte machen. Wenn Afrika nicht grün wird, werden in 20 Jahren die eine Milliarde Menschen dort nicht mehr satt werden.

Und - so füge ich hinzu: Wir müssen den Staaten die ungerechten Schulden erlassen, weil der Schuldendienst die nationalen Haushalte erheblich reduziert! In ihrem Tagesspiegel-Interview vom 12.2.07 pocht die Entwicklungsministerin Wiczorek-Zeul darauf, das Deutschland und die übrigen G8-Staaten ihre auf dem Gipfel von Gleneagles gemachte Zusage einlösen werden, bis 2010 ihre Entwicklungshilfe für Afrika zu verdoppeln und den multinationalen Schuldenerlass für 29 Staaten zu realisieren. Darf man dieser optimistischen Aussage trauen?

Jedenfalls klar ist, dass das Wissen über die zu treffenden Maßnahmen nicht ausreicht – es muss dringend gehandelt werden! So, wie z. B. die Naturfreunde es mit ihren Projekten praxisnah begonnen haben:

In einigen afrikanischen Ländern wurden Naturfreundegruppen gegründet: im Senegal, in Togo, Marokko und Tansania, und in Algerien, Burkina Faso, Mauretanien und der Zentralafrikanischen Republik bestehen erste Kontakte zu Gruppen.

Gemeinsam von europäischen und afrikanischen Naturfreunden durchgeführte Projekte sollen vor allem Eigeninitiativen der afrikanischen Partner ermutigen mit dem Ziel, von der Entwicklungshilfe zu echter Partnerschaft zu gelangen.

Konkrete Beispiele dafür sind: „Zu Gast in Senegal“: ein Modell für nachhaltiges, partnerschaftliches und solidarisches Rei-

sen, das von der NF-Internationale mit der Association des Amis de la Nature Senegalaise (ASAN) unter Beteiligung von europäischen Naturfreundegruppen durchgeführt wird, sowie der gelungene Bau eines großen NF-Gästehauses in Dakar mit Spenden europäischer Naturfreunde.

Ländliche Entwicklung und Tourismus in Südmarokko: Der marokkanische Partnerverein der NFI, Tiwizi Chtouka Ait Baha engagiert sich in der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes. Es werden u. a. auch Reisen angeboten, die der ländlichen Bevölkerung Zusatz Einkommen durch Beherbergung und Verpflegung von Gästen verschaffen. Reisen europäischer Naturfreunde in die Region sollen diese Bemühungen unterstützen.

Schulbau in Togo: Französische Naturfreunde helfen mit Spenden beim Bau einer Schule in Togo, die Bauarbeiten werden vom Partnerverband CASE der NFI durchgeführt.

Abschließend möchte ich dafür plädieren, dass das nächste Weltsozialforum in zwei Jahren wieder in Afrika stattfinden sollte. Denn was mit der Ermutigung der afrikanischen Völker in Nairobi begonnen und welche Erwartungen auf Unterstützung der eigenen Bemühungen durch internationale soziale Organisationen geweckt wurden, harrt der baldigen Fortsetzung!

Ich hoffe sehr, dass sich die Naturfreunde, Attac, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Jürgen Reichel vom Evang. Entw. Dienst (EED) und zugleich Vertreter der deutschsprachigen Organisationen im International Council des WSF dafür stark machen werden!

Helmut Horst war Delegierter der Naturfreunde Internationale in Nairobi.

Albert Schweitzer – Appell an das Gewissen der Menschheit

Hartmut Kegler

„Die höchste Erkenntnis, zu der ein Mensch gelangen kann, ist die Sehnsucht nach Frieden“

Albert Schweitzer

„Wir haben uns in den beiden letzten Kriegen grausiger Unmenschlichkeit schuldig gemacht und würden es in einem kommenden noch weiter tun. Das darf nicht sein.“ Als Konsequenz aus dem Gebot der Ehrfurcht vor dem Leben und den Erfahrungen des 2. Weltkrieges rückte die Friedensfrage immer mehr in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit. Die Ehrfurcht vor dem Leben erschien ihm nicht

nicht nur als denkbare, sondern ebenso als lebensnotwendig. Ungeachtet seines hohen Alters und der Inanspruchnahme durch sein Hospital in Lambarene appellierte er in Ansprachen, Artikeln und Briefen unermüdlich an die Menschheit und an die Regierenden, die atomare Rüstung zu beenden und alle Kernwaffen zu ächten.

Seine Argumente schöpfte er aus der Geschichte der Philosophie von Konfuzius bis Kant und Goethe, aus der Naturwissenschaft, unter anderem von Physikern wie Albert Einstein, Max Planck und Frédéric Joliot-Curie, aus der Theologie und dabei hauptsächlich aus der „Rechtsurkunde des freisinnigen Christentums“, wie er die Bergpredigt Jesu nannte,

aus dem Völkerrecht sowie der Charta der Vereinten Nationen und deren Humanitätsideal, die alle ein neues Denken verlangten. So kam er zu dem Schluss:

„Die höchste Erkenntnis, zu der ein Mensch gelangen kann, ist die Sehnsucht nach Frieden.“

Wie seine Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben, ist auch seine Warnung vor der Atomrüstung nach wie vor aktuell, obwohl man seinen Namen nur noch selten nennt und wenig kennt: Albert Schweitzer, den Winston Churchill als ein „Genie der Menschlichkeit“ und Pater O’Brien als die „bedeutendste Seele der Christenheit“ bezeichnet hatten.

Am 23. April 2007 jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem Schweitzer seinen ersten Appell an die Regierenden und die Völker gerichtet hat, dem Wahnsinn des Wettrüstens und der gegenseitigen atomaren Bedrohung endlich ein Ende zu setzen.

Schweitzer eröffnete diesen Appell mit dem Hinweis auf den Beginn der US-amerikanischen Wasserstoffbomben-Tests am 1. März 1954 auf dem Bikini-Atoll sowie auf die darauf folgenden gleichen Tests der Sowjetunion in Sibirien. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Artilleriegeschossen sei es mit den Atomwaffen „ein anderes Ding“: Deren radioaktive Strahlen wirken noch lange nach und bedeuten „eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Menschheit.“ Doch „die Einzelnen und die Völker fühlen sich nicht bewegt, der Gefahr, in der wir uns befinden, die Aufmerksamkeit, auf die sie leider Anspruch hat, zuteil werden zu lassen“. Sie müsse ihr vorgehalten und begreiflich gemacht werden. „Mein Alter und die Sympathie, die mir die von mir vertretene Idee der Ehrfurcht vor dem Leben eingetragen hat, lassen mich erhoffen, dass meine Mahnung mit dazu beitragen kann, der Einsicht, die nottut, den Weg zu bereiten.“ Albert Schweitzer beschloss seinen denkwürdigen Appell mit der Hoffnung auf eine öffentliche Meinung, die sich von der Vernunft leiten lässt und die Staatsmänner zu Beschlüssen veranlassen.

Schweitzer übernahm Schweitzer überhaupt erstmalig an die Öffentlichkeit trat, erfolgte elf Tage nach dem Göttinger Appell von achtzehn namhaften Wissenschaftlern gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr.

Zuvor hatte er sich durch Physiker Fachkenntnisse über die Atomphysik angeeignet. Noch in seinem 84. Lebensjahr bat er Frédéric Joliot-Curie in einem Brief: „Alles, was Sie schreiben, interessiert mich. Falls Sie mir Ihre Publikationen nach Lambarene schicken könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.“

Im Vorwort zu Schweitzers Abhandlung „Friede oder Atomkrieg“ bemerkte Erhard Eppler im

Jahr 1984: „Was Albert Schweitzer vor zwei Jahrzehnten zu Atomrüstung, Atomtests und Atomkrieg zu sagen hatte, war eher trockene Information, nüchterne Aufklärung über Sachverhalte, allerdings so präzise, dass dem auch heute wenig hinzuzufügen ist.“

Schweitzer äußerte die Befürchtung, dass radioaktive Dauerbelastungen zunehmende Blut- und Knochenmarkerkrankungen, Tot- und Missgeburten erwarten lassen. „Wir sind also genötigt, jede Steigerung der bereits bestehenden Gefahr durch weiterhin stattfindende Erzeugung von radioaktiven Elementen nach Explosionen von Atombomben als ein Unglück für die Menschheit anzusehen, das unter allen Umständen verhindert werden muss.“ Alle diese bereits eingetretenen Vorkommnisse bezeichnete er als „Kriegsschäden in Friedenszeiten.“ Schweitzer warnte auch davor, Entscheidungen, die das Leben auf unserer Erde betreffen, allein den Politikern und Militärs zu überlassen.

Wie die vorangegangenen Weltkriege sah Schweitzer die atomare Rüstung nicht nur als ein Zeichen, sondern sogar als einen Höhepunkt des Niedergangs der menschlichen Kultur: „Die Atomgefahr ist kein Naturereignis, auch kein unverschuldetes Schicksal. Der Mensch hat sie geschaffen, der Mensch allein kann, ja muss sie wieder abschaffen, sonst schafft sie ihn ab.“

Schweitzer erwartete von allen Menschen Proteste im Rahmen einer Friedensbewegung und einen im Geiste Mahatma Gandhis geführten gewaltlosen Widerstand „von unten“. Selbst trat er der amerikanischen Friedensgruppe SANE bei und fand Unterstützung durch zahlreiche Persönlichkeiten wie den damaligen UN-Generalsekretär Dag Hammarskjöld sowie Erich Fromm, Martin Buber und Martin Niemöller. Es verwunderte manchen, dass der „ethische Einzelgänger“ Schweitzer so viele Verbündete suchte und fand. Es entstand eine Art „Internationale des Geistes und der Moral“. „Sie sind ein Mann, der für das Weltgewissen spricht“, schrieb ihm Max Born.

Dem ersten „Osloer Appell“ folgten im April 1958 drei weitere Appelle, weil Schweitzer die Aufrüstung der Großmächte unter dem Vorwand des „Gleichgewichts der Kräfte“ zutiefst beunruhigte. Über 140 Rundfunkstationen haben weltweit seine Reden gesendet. Er kritisierte die Großmächte wegen ihres Glaubens, durch Stärke und militärische Überlegenheit den Frieden sichern zu wollen: „In einem Atomkrieg gibt es keine Sieger, sondern nur Besiegte.“ Das Ergebnis sei ein gemeinsamer Selbstmord. Deshalb empfahl er „Verhandlungen auf höchster Ebene“. Seine wichtigste

Forderung bestand aber darin, dass die Vertragspartner endlich beginnen sollten, sich wieder gegenseitig zu vertrauen. „Wir können in diesem uns lähmenden Misstrauen nicht weiter verharren. Das Bewusstsein, dass wir miteinander Menschen sind, ist uns in Kriegen und Politik abhanden gekommen. ... Der Geist der Vernünftigkeit und der Menschlichkeit wird aufgerufen.“

In einem seiner 1962 an den USA-Präsidenten John F. Kennedy gerichteten Briefe heißt es: „Wollen Sie bitte die Freundlichkeit haben, mir altem Manne zu verzeihen, wenn ich mir die Freiheit nehme, Ihnen wegen der Testversuche zu schreiben. ... Die Welt hat es dringend nötig, dass die Atommächte so bald wie möglich ein Abrüstungsabkommen unter wirksamer internationaler Kontrolle schließen. ... Wenn dies jetzt nicht erreicht werden kann, wird sich die Welt in einer hoffnungslosen und gefährlichen Lage befinden.“

Ein entsprechendes Schreiben sandte Schweitzer auch an KPdSU-Generalsekretär Nikita S. Chruschtschow.

Beide Politiker haben dem greisen Mahner vom Ogowe auch geantwortet. In einem Brief von Kennedy heißt es sogar: „Nichts liegt meinem Herzen näher als die Hoffnung, generelle und gänzliche Abrüstung unter zuverlässiger internationaler Kontrolle zustande zu bringen.“ Tatsächlich konnte im Jahr 1963 ein Abkommen geschlossen werden, in dem Atombombentests in der Atmosphäre und im Wasser untersagt wurden. Zur generellen Ächtung aller Atomwaffen, wie Schweitzer sie im Auge hatte, ist es jedoch bis heute nicht gekommen.

Bereits in seiner Rede anlässlich der Entgegennahme des Friedensnobelpreises im Jahr 1954 erteilte er dem Weltpublikum eine aufrüttelnde Lektion. Er forderte die Welt auf: „Wagen wir die Dinge zu sehen, wie sie sind. Es hat sich ereignet, dass der Mensch ein Übermensch geworden ist. ... Dieser Übermensch leidet aber an einer verhängnisvollen Unvollkommenheit. Er bringt die übermenschliche Vernünftigkeit, die dem Besitz übermenschlicher Macht entsprechen sollte, nicht auf. ... Damit wird nun vollends offenbar, was man sich vorher nicht recht eingestehen wollte, dass der Übermensch mit dem Zunehmen seiner Macht zugleich immer mehr zum armseligen Menschen wird. ... Was uns aber eigentlich zum Bewusstsein kommen sollte und schon lange vorher hätte kommen sollen, ist dies, dass wir als Übermenschen Unmenschen geworden sind.“

Diese Worte Albert Schweitzers haben ihre Gültigkeit behalten. Weder hat die atomare Rüstung abgenommen, noch hat sich die Anzahl der Atomkräfte verringert. Im Gegenteil:

Beides hat zugenommen. Die Politiker haben die Kunst des Möglichen verlernt, weil sie zunehmend um die Gunst des Kläglichen bemüht sind. Maßnahmen zur Abrüstung nützen nichts, wenn nicht entsprechende Gesinnungen dahinter stehen: „Auf die Füße kommt unsere Welt erst wieder, wenn sie sich beibringen lässt, dass ihr Heil nicht in Maßnahmen, sondern in neuen Gesinnungen besteht. ... Eine öffentliche Meinung dieser Art bedarf zu ihrer Kundgebung keiner Abstimmung und keiner Kommissionsbildung. Sie wirkt durch ihr Vorhandensein. Kommt es zur Einstellung der Versuche mit Atombomben, so ist dies die Morgendämmerung des Aufgehens der Sonne der Hoffnung, auf die unsere arme Menschheit ausschaut. ... Nur in dem Maße, als durch den Geist eine Gesinnung des Friedens in den Völkern aufkommt, können die für die Erhaltung des Friedens geschaffenen Institutionen leisten, was von ihnen verlangt wird ... Es sind die Menschen, die aus der bewohnten eine bewohnbare Erde werden lassen sollen.“

In seiner Gedenkansprache zum 100. Todestag des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau erinnerte Victor Hugo daran, dass Rousseau zwar die Zustimmung der Zeitgenossen und der Nachwelt hatte, „aber auch das Hohngelächter und den Hass derer, die die unversöhnliche Vergangenheit denen schenkt, die sie bekämpft haben.“ Dasselbe traf auf Schweitzer zu. Böswillige Politiker und Medien, aber auch einige der ehemaligen Freunde, reagierten auf Schweitzers Anti-Atom- und Friedens-Appelle mit Anfeindungen, Verleumdungen und Diskriminierungen, um ihn als unglaubwürdig hinzustellen: Man verspottete ihn als „Caféhaus-Pazifisten“, verdächtigte ihn einer „Moskauhörigkeit“ und verunglimpfte sein segensreiches Hospital in Lambarene. Wer sich zum Anwalt der Vernünftigen, Friedfertigen und Verantwortungsbewussten mache, müsse damit rechnen, „als Communist gebrandmarkt zu werden“, schrieb später Schweitzer. Mehr fälle dieser Kategorie von Gegnern nicht ein. Doch der „Weise aus dem Urwald“ ließ sich davon nicht beeindrucken: „Wer sich vornimmt, Gutes zu wirken, darf nicht erwarten, dass die Menschen ihm deswegen Steine aus dem Weg räumen, sondern muss auf das Schicksalhafte gefasst sein, dass sie ihm welche drauf rollen.“

Schweitzers internationale Autorität, die Albert Einstein mit derjenigen Mahatma Gandhis verglichen hatte, zeigte Wirkung. Die Mächtigen der Welt begannen über Abrüstung zu sprechen. Eindrucksvolle Ostermärsche fanden statt. „Dem großen Menschenfreund Albert Schweitzer fällt das Verdienst zu, die Flamme der Anti-Atom-Bewegung entfacht zu haben.“

Seine Osterbotschaft aus dem Jahre 1957 ... hörte man in der ganzen Welt“, schrieb Robert Jungk in seinem berühmten Buch „Heller als tausend Sonnen“. Die Einstellung der Atomversuche in der Atmosphäre hatte Schweitzer noch erleben können, leider deren generelle Ächtung nicht. Doch seine damaligen Appelle wirken noch bis heute fort: Die Internationale Vereinigung der Ärzte gegen den Atomkrieg IPPNW sowie die von der Ökumenischen Initiative „eine welt“ und dem BUND herausgegebene Erd-Charta haben sich ausdrücklich auf ihn und die Ehrfurcht vor allem Leben berufen. Auch wenn wir im Erkennen des gegenwärtigen Zustandes auf der Welt zum Pessimismus neigen, so dürfen wir im Blick auf die Zukunft unsere Hoffnung und unseren Optimismus nicht aufgeben und den Glauben an die Kraft der Wahrheit und des Geistes nicht verlieren. Sie werden sich als stärker erweisen als alle Gewalttätigkeit, Machtbesessenheit, Habgier und Verantwortungslosigkeit, die zur Zeit das Geschehen auf der Erde überschatten.

Literatur

Robert Jungk: Heller als tausend Sonnen. Das Schicksal der Atomforscher. Europäischer Buchklub Stuttgart, Zürich, Salzburg.
 Lilly Huber: Albert Schweitzer, der Menschenfreund. March Höfe Zeitung, 12. 1. 2000.
 Victor Hugo: Appell an das Gewissen. Verlag Rütten und Loening Berlin 1952.
 Albert Schweitzer: Friede oder Atomkrieg. Verlag C. H. Beck München 1984.
 Albert Schweitzer: Menschlichkeit und Friede. Verlagsanstalt Union Berlin 1991.
 Hans Jürgen Schultz: Ein Karzinom befällt den Erdball. Gott und die Welt Nr. 36, 1993.
 Hans Jürgen Schultz: Ein gigantischer Sprung. Gott und die Welt. Nr. 37, 1993.

Prof. Hartmut Kegler: Beiträge zur grenzenlosen Verantwortung des Menschen für alles, was lebt. – Hrsg.: Albert-Schweitzer-Freundeskreis im Kulturkreis „Adam Olearius“ Aschersleben e. V., 2005, 56 S.
Anfragen an: H. Kegler, Bäckerstrieg 11, 06449 Aschersleben, Tel.03473-64171

Die Ökologische Plattform und die neue Satzung

Detlef Franek, Marko Ferst

In welche Richtung entwickelt sich die neue Linkspartei?

Die Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS vollzieht sich und führt zu einer in ganz Deutschland etablierten linken Partei. Das ist bei allen Schwierigkeiten, die damit verbunden waren und sind, ein Anlass zur Freude. 8,4 % in Bremen sind ein beachtliches Ergebnis. Auch die Ökologische Plattform setzte sich für diesen Vereinigungsprozess ein. Wir freuen uns sehr, dass sich jetzt in Nordrhein-Westfalen eine Ökologische Plattform gegründet hat, die zu erheblichen Anteilen aus der WASG hervorgegangen ist.

Davon motiviert wollen wir uns bemühen, diesen Prozess auch in anderen Bundesländern zu unterstützen. Wir haben eine Umfrage vorbereitet, die der aktuellen „tarantel“ beiliegt. Über diesen Weg möchten wir ausloten, welche Möglichkeiten und Potentiale wir zur Verfügung haben, um den Ausbau des ökologischen Flügels in der Linkspartei zu forcieren. Auch wollen wir erkunden, wo Verbesserungen in unserer Arbeit notwendig sind bzw. erwartet werden und wer dabei mithelfen kann. Wir würden uns freuen, wenn Ihr Euch ein paar Minuten Zeit nehmt, um die Fragen zu beant-

worten und konkrete, konstruktive Verbesserungsvorschläge zu notieren. Wir werden die Antworten im Sprecher- und Koordinierungsrat sorgfältig auswerten und prüfen, was davon mit unseren Mitteln und Möglichkeiten umgesetzt werden kann, da wir alle ehrenamtlich arbeiten.

Der Klimawandel wird unumkehrbar die Zivilisation auf unserem Planeten in schwere ökologische Bedrängnis bringen und Werte in unvorstellbarem Ausmaß vernichten. Damit wird die ökologische Frage, d. h. die Erhaltung der Erde als Lebensgrundlage für die Menschheit - auch in der Öffentlichkeit - endgültig ins Zentrum der Politik im 21. Jahrhundert rücken. Ökologische Politik sichert mittel- und langfristige soziale Balance.

Um so wichtiger ist es, dass wir als Ökologische Plattform unsere Verantwortung in vollem Umfang wahrnehmen. Teamarbeit ist notwendig, was kontroverse Debatten nicht ausschließt. Auch bisher wird die Plattform nicht nur von Mitgliedern der Linkspartei.PDS geprägt. Wir würden uns freuen, wenn noch mehr Aktive aus den Umweltverbänden etc. bei uns mitarbeiten und mitdiskutieren würden. Erfreulich ist auch, dass die Zusammenarbeit mit der vorwiegend parlamentarisch geprägten BAG Umwelt-Energie-Arbeit oft gelingt und einige auch in der Ökologischen Plattform aktiv mit-

wirken. Dort, wo Sachfragen im Mittelpunkt stehen, werden am Ende häufig zumindest kleine, gelegentlich auch größere Erfolge erreicht. Auch künftig wollen wir uns als Ökologische Plattform kontinuierlich in die Arbeit der Partei einbringen. Es muss versucht werden, die Arbeit auf zahlreichere Schultern zu verteilen und dabei insbesondere jüngere Mitglieder zu gewinnen - unser Erscheinungsbild und unsere Arbeitsweise sind darauf einzustellen.

Mit dem Zusammenschluss zu einer neuen Partei wurde unter anderem eine neue Bundsatzung ausgearbeitet, die die statutarische Grundlage nach dem 16. Juni bilden wird. Auch wir haben dazu viele Anträge diskutiert und einige Vorschläge für unserer Meinung nach notwendige Änderungen eingebracht. Die neue Satzung stellt unseres Erachtens allerdings keinen „großen Wurf“ dar. Es gibt zwar auch positive Aspekte - z. B. die Einführung des Mitgliederentscheids -, gerade aber hinsichtlich der parteiinternen Zusammenschlüsse (AGs und IGs) sind Veränderungen zum alten Statut von 1993 vorgenommen worden, die die Arbeit erschweren und den Stellenwert innerhalb der Partei stark mindern. Als Folge ergeben sich für uns außerdem umfangreiche bürokratische Aufwände. Aus dem Brief von Manfred Wolf im Auftrag des Sprecherrats, der Euch vor kurzem erreicht hat, ist das ersichtlich.

Wir hatten insgesamt 5 Anträge zur Satzung eingereicht (siehe tarantel Nr. 36), diskutiert hatten wir zahlreiche weitere. - Alle Änderungsanträge von uns, die das Statut betrafen, sind von der Antragskommission abgelehnt worden. Um wenigstens den Antrag bez. der Zuteilung von Parteitagmandaten für AGs/IGs auf dem Parteitag auf die Tagesordnung stellen zu können, sammelten unsere Delegierten die erforderlichen 35 Unterschriften. Dieser Antrag fand aber auch auf dem Parteitag keine Mehrheit.

Schon vor drei Jahren stellte Halina Wawzyniak (zzt. stellvertretende Parteivorsitzende im Land Berlin) ein Papier vor, dass die Rechte der AGs und Plattformen neu fassen sollte (siehe Disput 1/2004). Damals wurden solche Vorstellungen einer engeren Reglementierung der AGs und Plattformen auf Grund des Einspruchs der AGs/IGs nicht umgesetzt. Im Rahmen der Diskussion um das neue Statut soll jetzt die WASG-Seite gegen den Fortbestand der AGs und Plattformen argumentiert haben, doch haben sich die beteiligten Genossen der Linkspartei.PDS ausreichend für die Zusammenschlüsse eingesetzt?

Als sich mit der Wende die SED/PDS und ihre verbliebenen Mitglieder Schritt für Schritt mit den Ursachen des Scheiterns auseinander-

setzten, wurde nach Wegen gesucht, auf den verschiedensten Gebieten Ideen für eine Erneuerung zu entwickeln. Mit den Arbeitsgemeinschaften, Interessengruppen und Plattformen entstanden neue Formen politischer Betätigung. Sie wurden mit statutarischen Rechten und Mandaten ausgestattet, damit die Meinung der Mitglieder nie wieder unterdrückt und auch praktisch auf Parteitag artikuliert werden kann. Die AGs und Plattformen haben sich in den anderthalb Jahrzehnten seit der Wende fest im Parteileben etabliert, wenn auch das Engagement nicht mehr so hoch ist wie am Anfang der 90er Jahre, weil damals auch bei vielen PDS-Mitgliedern noch die Illusion bestand, dass die demokratische Mitwirkung des einzelnen an der Gestaltung dieser Gesellschaft gewünscht sein könnte – und real die Möglichkeit auch in einem messbaren Umfang bestände. In der SED war es, wie wir aus unserer Parteigeschichte wissen, nicht möglich, sich in Gruppen zusammenzufinden, um eigene Vorstellungen zu entwickeln und zu artikulieren. Die Meinung der Mitglieder war unerwünscht, Basisdemokratie unbekannt.

Es will wahrscheinlich keiner zurück zur SED, doch wollen wir eine „stinknormale“ Volkspartei sein? Wie auch schon unter dem nach der Wahlniederlage von 2002 konstituierten Ausschuss zur Parteireform unter Michael Chrapa festgestellt wurde: Letztendlich kommt es darauf an, wohin sich die Partei entwickeln will/soll. Wollen wir eine Mitgliederpartei als Bewegung mit möglichst breit getragener Mitwirkung und Verantwortung sein oder soll es eine Funktionärspartei werden, bei der eine Elite bestimmt, welche Schwerpunkte gesetzt werden und wo es für das einfache Mitglied letztendlich nur darum geht, für die Mobilisierung der notwendigen Stimmen bei Wahlen zur Verfügung zu stehen?

Genau deswegen erfüllen uns diese Änderungen mit Sorge: Als Folge der neuen Satzung dürften reguläre Parteitagmandate für fast alle AGs Geschichte sein. Es wird überwiegend Gastmandate ohne Rechte geben. Das neue Statut behandelt die Parteimitglieder ungleich. Es ist jetzt mindestens die Mitwirkung von 250 Mitgliedern der Partei in einer AG notwendig, um Mandate zu erhalten. Im Gegensatz zu den AGs wird bereits für rund 144 Mitglieder auf der kommunalen Ebene ein Mandat für den Parteitag vergeben. (bei ca. 72 000 Mitgliedern und 500 Mandaten). Hier muss eine Gleichbehandlung erfolgen, d. h. auch für die AGs und Plattformen – und übrigens zudem für die Jugendorganisation – sollte dieselbe Grundlage gelten Und die Mitgliederzahlen der meisten AGs und Plattformen liegen an der unteren Grenze. Unsere Partei weiß doch gut genug,

was solche Hürden bedeuten (siehe die angebliche „demokratische“ 5 % Klausel).

Eine weitere Forderung der Satzung an die AGs: Es müssen mindestens 0,5 % der Parteimitglieder (entspricht etwa 350) als Mitglieder eines Zusammenschlusses ausgewiesen werden, um bundesweit anerkannt zu werden (Ausnahmen sind möglich).

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind etwas über 100 Rückmeldungen auf den „Registrierungsbrief“ des Sprecherrats eingetroffen, die ihre Mitgliedschaft in der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei bestätigt haben. Das reicht aber bei weitem nicht aus. Wir versuchen, soweit wir in Basisorganisationen Mitglieder sind, dort entsprechende Unterschriften zu sammeln und erhalten auch zahlreiche Unterstützung. Dies würden wir auch Euch ans Herz legen. Schließlich zählen auch Mitglieder, die als Sympathisanten der Ökologischen Plattform bzw. der bisherigen Organisationsstruktur mit AGs/IGs ihre Unterschrift geben, auch kann und muss nicht jeder in der Linkspartei für die ökologischen Belange werben – ein paar mehr Aktive wären aber sehr hilfreich. Denn was nützt die Einforderung von sozialer Gerechtigkeit, wenn die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit nicht mehr gegeben sind. – Aber hier gibt es bekanntlich noch viel zu tun, der unsägliche Wachstumsfetischismus um jeden Preis ist leider auch in der Linkspartei noch weit verbreitet.

Die Parteispitze möchte offenbar mit der Erfassung der Mitglieder der AGs ein objektives Kriterium für die Mandatsverteilung an die AGs erhalten. Ob dies durch die Unterstützungserklärungen für die AGs und Plattformen der Fall ist, darf bezweifelt werden. Unser abgelehnter Antrag zu diesem Punkt hätte unter anderem bedeutet, dass auch die Nicht-mehr-Parteimitglieder und Sympathisanten, von denen z. B. auch wir zahlreiche in unseren Reihen haben, mitgezählt worden wären. Insofern wäre anzuraten, zukünftig wieder auf die bisherige Verfahrensweise bez. der Mandatserteilung zurückzugreifen. Eine solche Forderung sollten die AGs und Plattformen in ihrer Gesamtheit erheben.

Die bürokratische Verfahrensweise beim Erfassen der Mitglieder ist freilich keine Regelung des Statuts. Gelingt eine Änderung im oben genannten Sinn nicht, ist aber unbedingt darauf zu dringen, dass der Aufwand zur Mitgliedererfassung zukünftig auf ein Minimum reduziert wird. Die Arbeitsgemeinschaften würden die Mitgliederabgänge und Zuwächse dokumentieren. Das ist ein Arbeitsaufwand, der realisierbar ist. Dies könnte vor jeder Wahl der Delegierten für einen neuen Parteitag erfolgen. Es kann aber nicht sein,

dass erhebliche ehrenamtliche Ressourcen dadurch gebunden werden, dass jährlich neu gezählt werden muss. Zudem steht zu befürchten, dass die Zählungen später auch noch auf der Länderebene verlangt werden. Generell sollten auch in Zukunft alle Arbeitsgemeinschaften zumindest ein reguläres Mandat bekommen. Bei dieser Verfahrensweise wäre zu empfehlen, dass sich die AGs dafür stark machen, dass dann ihre Mitgliederlisten ggf. über den Verwaltungsapparat der Partei durch Abgleich mit den Mitgliederlisten der Kreisorganisationen autorisiert werden, damit nicht wieder die vielen Erklärungen von den Plattformmitgliedern eingeholt werden müssen.

Es soll hier noch einmal betont werden: Die Legitimation der AGs und Plattformen für Mandate ergibt sich aus unseren historischen Erfahrungen mit der DDR und der stalinistischen SED! Das sollte man nicht vergessen!

Im übrigen kann man nicht jedes Mitglied dazu verpflichten, kommunale Parteiarbeit über eine Basisorganisation zu leisten. Die Arbeit in den Zusammenschlüssen und der Jugendorganisation muss als gleichwertig anerkannt werden und könnte schon heute viel erfolgreicher sein, wenn dort mehr Initiative und Mittel durch die Partei investiert würden. Wie sieht es denn aus in vielen Basisorganisationen vor Ort, speziell im Ostteil? Die älteren Genossen wissen es selbst nur zu gut: Auf Grund der Altersstruktur und anderer Effekte sind Basisorganisationen kaum regenerationsfähig und die Mehrzahl wird im Laufe der Zeit verschwinden. Deshalb ist es notwendig, rechtzeitig dafür zu sorgen, alternative Formen und Möglichkeiten der Parteiarbeit aufzubauen.

Wir hatten anfangs diskutiert, ob wir diese Zählerei überhaupt mitmachen sollen. Aber letztendlich hilft eine Verweigerungshaltung hier nicht, weil wir zumindest versuchen wollen, weiterhin Delegierte zu stellen. Die Ökologische Plattform war z. B. über Jahre hinweg in der Antragskommission vertreten, Reden in der Generaldebatte wurden gehalten und wir konnten im Plenum Stellung zu unseren Anträgen nehmen. Auf diese Mitwirkungsmöglichkeiten wollen wir nicht kampflös verzichten. Und es steht die Frage im Raum, welche Entwicklungen sich für die AGs und Plattformen in der nächsten Zeit nach der Etablierung als neue Linke ergeben werden.

Im bisherigen Statut waren übrigens Arbeitsgruppen der parlamentarischen Vertreter keine Zusammenschlüsse im Sinne des Statuts. Diese Regelung ist ersatzlos weggefallen. Es ist keine Frage, dass Vertreter der verschiedenen parlamentarischen Ebenen den Meinungs- und Erfahrungsaustausch pflegen sollen und müssen, aber diese Gruppen erfüllen doch letzt-

endlich eine ganz andere Aufgabe als die klassischen AGs und Plattformen, die sich vorwiegend aus einfachen Basisgruppenmitgliedern zusammensetzen, die zwangsläufig eine andere – nicht so stark von den parlamentarischen Notwendigkeiten geprägte – Sichtweise auf die Probleme haben, auf die die Partei nicht verzichten sollte.

Möglichst alle basisdemokratisch denkenden Kräfte in der Partei und alle Arbeitsgemeinschaften sollten eine neue Statutenkommission fordern, da dieses Statut noch ein großes Potential für Verbesserungsmöglichkeiten aufweist. Damit könnte man dann demokratische Strukturen zumindest stetig einfordern, wenngleich für eine Durchsetzung mehr notwendig ist. Neben der 50%igen Frauenquotierung - und diese wird trotzdem unterlaufen (die gegenwärtige Bundestagsfraktion hat da bei der Postenverteilung ja ein mustergültiges negatives Beispiel geliefert) - wäre es beispielsweise unbedingt notwendig, bei Parteitag die Zahl der Funktionsträger und ihrer Mitarbeiter als Delegierte zu reduzieren, was wir u. a. auch als Antrag vorgeschlagen hatten. Denn die Parteitage verabschieden in der Regel die grundlegenden Dokumente und sollten schon zweifelsfrei die Meinung der einfachen Parteimitglieder widerspiegeln. In Berlin z. B. gab es auf dem Landesparteitag eine fast durchgehende Befürwortung für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD, in der Basis war das Meinungsbild dagegen weitgehend geteilt, so dass eine Urabstimmung – wie vom Ehrenvorsitzenden Hans Modrow gefordert – wohl der einzige Weg gewesen wäre, wirklich demokratisch festzustellen, welche Auffassung die Mehrheit hat. - Aber hier ist auch jedes einzelne Mitglied gefordert: Jeder einzelne muss selbst entscheiden, ob er nicht z. B. auch als Delegierter auf einem Parteitag seine Meinung kundtun will. Man sollte es nicht immer wieder denselben, durchaus engagierten, aber dann manchmal vielleicht den Kontakt zur Basis verlierenden bzw. im parlamentarischen Betrieb eingeeengten Funktionären, bequemerweise überlassen, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese können sich natürlich besser darstellen. Dann braucht man sich aber auch nicht über die „da oben“ aufzuregen!

Absolut unverständlich bleibt auch die Etablierung des Bundesausschusses. Es ist vorgesehen, dass dieser den Parteivorstand kontrollieren soll. Wieso ist dann aber festgelegt, dass 12 Mitglieder des Parteivorstandes involviert werden sollen und auch stimmberechtigt sind? Das widerspricht demokratischen Gepflogenheiten und – als gelernter DDR-Bürger drängt sich ungewollt die Assoziation von Politbüro und Zentralkomitee auf. Hier ist unbedingter

Nachbesserungsbedarf vorhanden!

Ein anderer Punkt ist die Verfahrensweise mit Parteitagsanträgen: Es gibt die normalen Anträge, bei denen die Antragskommission nur Ablehnung oder Zustimmung durch die Delegierten auf dem Parteitag empfehlen kann oder die bei Zeitmangel auf der Tagung an den Parteivorstand überwiesen werden. Stellt man aber z. B. zu Leitanträgen der Partei Änderungsanträge und lässt die Antragskommission diese durchfallen, dann können sie trotzdem auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn eine entsprechende Anzahl von Unterstützerunterschriften auf der Tagung des Parteitags von Delegierten gesammelt wird. Wer schon mal auf einem Parteitag Unterschriften gesammelt hat, weiß, wie schwer das ist. Warum wurde im neuen Statut die Zahl der dafür notwendigen Unterschriften von 35 auf 50 erhöht (zudem für Dringlichkeits- und Initiativanträge)? Basisdemokratie wird dadurch weiter erschwert. Überdies sollte man die Praxis abstellen, dass die Antragskommission auf dem Parteitag zu allen Anträgen empfiehlt, wie die Delegierten abstimmen sollen. Vielmehr sollte sie darüber aufklären, was die Unterschiede der jeweiligen Option bedeuten. Die Parteitagsdelegierten müssen sich objektiv ein eigenes Urteil zu den jeweiligen Anträgen bilden und sollen schließlich nicht einfach nur eine bereits bestehende Meinung einer Kommission - die durchaus begründet sein kann - bestätigen.

Es müssen auch unbedingt Regularien aufgenommen werden, die die zunehmende Ämterhäufung bei immer weniger Personen verhindern. Es ist richtig, dass wir nicht mehr so viele Mitglieder haben, aber keiner darf unersetzlich sein, und die Ämter müssen gesplittet werden, weil nur so innerparteiliche Demokratie gewahrt und die Mitverantwortung möglichst vieler Mitglieder aktiv eingefordert wird. Die Trennung von Regierungs- oder Parteiamt und Mandat muss eine Selbstverständlichkeit werden. Auch das Wechselverhältnis zwischen Fraktionen und Vorständen bedarf der Überprüfung. So sollen die Mitglieder der Partei und der Landesvorstände zwar mehrheitlich keine Mandatsträger der oberen Ebene sein, aber wäre es nicht angeraten, diese Dopplung möglichst ganz zu vermeiden? Zu DDR-Zeiten gab die Partei (ZK, Bezirksleitungen usw.) vor, was die gewählten Volksvertreter zu tun hatten, heute scheint sich die Waage weitestgehend in die andere Richtung bewegt zu haben, da ja auch die Fraktionen mehr Finanzen haben. Ein Vorstand sollte zumindest unabhängig von der vom Parlamentarismus geprägten Fraktion sein. Und von den Abgeordneten darf man erwarten können, dass sie weitgehend die Meinungen der Parteibasis und der von Ihnen

gewählten Vorstände vertreten, denn schließlich werden Sie auch von Ihr aufgestellt. Im anderen Fall sollten sie ihre Mandate zurückgeben bzw. abgewählt werden. Das wäre der basisdemokratische Anspruch, den wir auch als Plattform vertreten.

Wir wollten hier nur unsere Bedenken und ein paar Vorschläge hinsichtlich der neuen Satzung zu Gehör bringen. Auf jeden Fall sollte man die Verbesserung des Statuts nach der Vereinigung nicht aus dem Auge verlieren. Paul Tiefenbach hat in seinem Buch „Die Grü-

nen. Verstaatlichung einer Partei“ sehr deutlich darauf hingewiesen, welche Deformationen auch in alternativen Parteien auftreten. Dem muss produktiv entgegen gewirkt werden. Wir brauchen keine erstarrte Linke, sondern eine Linke, die aus Fehlern lernt! Und wir brauchen Arbeitsgemeinschaften und Plattformen, deren Ideen und Engagement gewünscht und gefördert werden, die optimale Arbeitsbedingungen haben und nicht immer mal wieder mit bürokratischen Auflagen bedacht werden. Also kämpfen wir gemeinsam!

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen: Einstimmiger Gründungsbeschluss

Utz Kowalewski

Nur zwei Tage nach dem landesweiten Kohlekolloquium von WASG und PDS in Herne hat sich in Dortmund ein neuer innerparteilicher Zusammenschluss im Hinblick auf die neue Linke in NRW gebildet. Mit der Ökologischen Plattform wollen sich die Energiepolitiker, Umweltpolitiker, Tierschützer und Naturschützer in der neuen Linken zusammenschließen, um diesen wichtigen Fragen zu mehr Gewicht in der innerparteilichen Diskussion zu verhelfen. So witzelte ein Dortmunder Journalist auch bereits, dass man wohl mit der Gründung der Ökologischen Plattform bei den Grünen fischen gehen wolle. Traditionell sind umweltpolitische Fragestellungen tatsächlich eher ein Stiefkind in der politischen Linken. Dieser Umstand wird der Verantwortung der Linken für die Zukunft von Gesellschaft und Lebensraum aber nicht gerecht, und es ist längst an der Zeit, Abhilfe zu schaffen und den wenig konsequenten grünen Konzepten effektive linke Umweltideen gegenüberzustellen. Nicht umsonst wurde auf dem angesprochenen Kohlekolloquium auch übereinstimmend festgestellt, dass die neue Linke die Partei sein sollte, die soziale Fragen mit umweltpolitischer Verantwortung zusammenbringt und im Gegensatz zu den Grünen den Umweltschutz nicht auf die akademische Mittelklasse der Gesellschaft be-

schränkt. Diesem Anspruch der Gesamtpartei wollen die Umweltpolitiker der Ökologischen Plattform in NRW nun Taten folgen lassen. Insbesondere den stattfindenden Klimawandel und das völlige Versagen der Politik angesichts immer wahrscheinlicher werdender globaler Katastrophenszenarien nahm dann auch Gastreferent Marko Ferst vom Bundeskoordinierungsrat der Ökologischen Plattform aufs Korn. Der Umweltautor wies mehrfach auf Kettenreaktionen hin, die durch die derzeitige Erderwärmung ausgelöst werden könnten und geißelte die bisherigen Gegenmaßnahmen als unzureichend. Auch warnte er davor, die bereits stattfindenden Prozesse in der Atmosphäre zu unterschätzen. So sei das tatsächliche Potential der Erderwärmung derzeit noch nicht sichtbar, weil durch industrielle Rußpartikeln und Aerosole in der Atmosphäre die Intensität der Sonneneinstrahlung abgemildert würde. Es könnte aber infolge einer Weltwirtschaftskrise schlagartig zum Tragen kommen und damit dem schleichenden Klimawandel rasch Katastrophencharakter zuweisen. Neben dem Klimawandel und erforderlichen Lösungsstrategien einer konsequenten Energie- und Verkehrspolitik kristallisierte sich der Tierschutz als weiteres wichtiges Arbeitsfeld der für NRW völlig neuen Formation heraus.

Kontakt: wasg_kowalewski@yahoo.de

Energiepolitik

Beschluss des Parteivorstands der Linkspartei.PDS vom 4.12.2006

I. Energieversorgung ökologisch nachhaltig und sozial gerecht

Die Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des

21. Jahrhunderts. Dabei geht es um weit mehr als die verlässliche Bereitstellung von Strom, Wärme und Kraftstoffen. Energie steht heute nicht mehr nur für Wohlstandssicherung und volkswirtschaftliche Entwicklung. In den Mittelpunkt rückt zunehmend, wie sich das jeweilige Energiesystem auf das Weltklima und die Umwelt auswirkt, welche Auswirkung die Verknappung der Energieressourcen auf die Friedenspolitik und eine gerechte Weltordnung haben, wie verhindert werden kann, dass steigende Energiepreise Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen zusätzlich belasten und wer auf der anderen Seite an monopolistischen Strukturen verdient. Energiefragen sind längst nicht mehr allein im nationalen und europäischen Rahmen lösbar.

Die Linke muss der Energiefrage zukünftig die gleiche herausgehobene Aufmerksamkeit widmen wie den Fragen der Arbeit, des Einkommens oder der Bildung. Dafür hat sie eine gute Basis. PDS und Linkspartei haben in der Vergangenheit immer wieder eigene Analysen und Konzepte vorgelegt: Für die Senkung des Primärenergieverbrauchs durch mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung, für den forcierten Ausbau erneuerbarer Energien, für eine glaubhafte Klimapolitik, für einen Prioritätenwechsel in Forschung und Entwicklung sowie für ein Umsteuern bei ökonomischen Instrumenten wie Ökosteuer und Emissionshandel. Viel zu lange wurde die Energiepolitik aber auch in den eigenen Reihen allein als Feld engagierter Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker betrachtet. Das kann sich die Linke angesichts der Herausforderungen nicht länger leisten. Beschleunigter Klimawandel, steigende Energiepreise, wachsende Importabhängigkeit, verschärfte internationale Auseinandersetzung um fossile Ressourcen - diese und weitere Facetten machen deutlich: Für eine zukunftsfähige Strategie und gleichermaßen für den politischen Erfolg der Linken im Wettbewerb mit den anderen Parteien ist eine verschiedene Politikfelder zusammenführende Sicht auf die Energiepolitik notwendig.

Die Linke entwickelt daher das politische Leitbild der „Energiesicherheit“, welches die relevanten Politikbereiche miteinander verzahnt. So gibt es keine sichere Energieversorgung, die die Anforderungen des Klimaschutzes vernachlässigt. Es gibt keine sichere Energieversorgung, die technisch nicht beherrschbar ist und im Falle des Versagens katastrophale Folgen haben kann. Es gibt keine sichere Energieversorgung, die die Energieressourcen mit ökonomischem und militärischem Druck für die westlichen Industrieländer sichert oder die Anliegen der Entwicklungsländer ignoriert. Es gibt ebenso wenig eine sichere Energieversorgung,

die nur zu Preisen zu haben ist, welche sich einkommensarme Bevölkerungsteile nicht leisten können. All dies zeigt: Das für viele Menschen abstrakte Konzept der „Nachhaltigen Entwicklung“ wird kaum plastischer als in der Energiepolitik.

Energiefragen sind elementare Gerechtigkeitsfragen. Denn Energie ist ein unverzichtbares Lebensmittel, zu dem alle gleichen Zugang haben müssen, mit dem aber zugleich effizient und sparsam umzugehen ist. Ohne nachhaltige Energieproduktion und Gerechtigkeit bei Ressourcennutzung und Energieversorgung wird es keine Sicherheit in der Energieversorgung geben. Vor diesem Hintergrund formuliert die Linke ein Leitbild „Energiesicherheit für alle“ mit sechs strategischen Zielen:

Sichere Produktion von Energie erfordert den generellen Vorrang für erneuerbare Energien bei Investitionen und Genehmigungen, damit der Abschied von Klimakillern und Atommüllproduktion schnellstmöglich erfolgen kann.

Sichere Verfügbarkeit von Rohstoffen zur Energieerzeugung besagt: Weniger Energierohstoffe importieren und verbrauchen durch Energieeinsparung, Effizienzerhöhung und Nutzung regenerierbarer Energien bei Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten.

Sicherer Transport und sichere Verteilung von Energie heißt: leistungsfähige Netze in öffentlicher Hand mit diskriminierungsfreiem Zugang für alle Energieproduzenten und -verteiler sowie interaktive Stromnetze, die kleine dezentrale Produktionseinheiten gegenüber Großeinheiten stärken.

Sichere Versorgung von Privathaushalten und Unternehmen erfordert: geringe Störanfälligkeit von Produktion und Netz, stärkere Dezentralität des Systems bei gleichzeitigem Ausbau der grenzüberschreitenden Netze für einen sinnvollen internationalen Stromaustausch.

Gerechter Zugang zu bezahlbarer Energie setzt voraus: Der Zugang zu Strom, Wärme und umweltfreundlicher Mobilität muss sozialverträglich bezahlbar bleiben.

Sichere globale Energieversorgung setzt den gerechten Zugang zur Energie, die Verwirklichung des gleichen Rechts der Entwicklungsländer voraus. Von den Industriestaaten erfordert das auch die zielgerichtete Unterstützung des Ausbaus angepasster Technologien zur regenerativen Energieversorgung für Entwicklungs- und Schwellenländer.

Die größten Gegner einer solchen Politik der „Energiesicherheit für alle“ sitzen erstens in den Zentralen der monopolartigen Energie- und Mineralölkonzern, die ihr Geschäft vorrangig als Profitmaximierung verstehen. Mit der Planung weiterer konventioneller Großkraftwerke nehmen die großen Stromversorger

den Klimawandel in Kauf, manifestieren undemokratische Strukturen, treiben den Arbeitsplatzabbau voran und erhöhen zudem sicherheitspolitische Risiken.

Ferner verdienen Automobilindustrie und Ölmagnaten zu Lasten der Erdatmosphäre an ressourcenfressender Mobilität. Gegner einer Energiewende sitzen zweitens in nationalen Regierungen, die zentrale Zukunftsentscheidungen eben diesen Konzernzentralen überlassen, statt aktiv eine nachhaltige Industriepolitik und europäische Energiepartnerschaft zu steuern. Drittens sind einflussreiche internationale Institutionen Widersacher einer zukunfts-fähigen Energiepolitik. Sie sichern vor allem die Ressourcenhoheit der reichen entwickelten Volkswirtschaften und verschärfen somit Krisen, statt globale Herausforderungen zu bewältigen.

II. Klimawandel und Ressourcenknappheit erzwingt Politikwechsel

Der weltweite Energiebedarf und insbesondere die Nachfrage nach fossilen Energieträgern wie Öl und Gas wachsen rasant. Schwellenländer wie China und Indien mit ihren hohen industriellen Wachstumsraten stehen heute stellvertretend für den ansteigenden globalen Ressourcenverbrauch. Aber immer noch liegt der US-amerikanische Energiekonsum je Kopf um das Siebenfache und der europäische um das Dreieinhalbfache höher als der chinesische. Der CO₂-Ausstoß je Einwohner ist in den USA derzeit fünfmal, in Deutschland immer noch dreimal so groß wie in China. Ressourcenknappheit und Klimawandel werden durch eine „aufholenden Entwicklung“ von Staaten wie Brasilien, China, Indien oder Südafrika beschleunigt. Sie alle streben einen Lebensstandard nach Vorbild der Industriestaaten an.

Die fossilen Rohstoffe Öl und Gas konzentrieren sich in wenigen Teilen der Erde. So verfügen die OPEC-Staaten über 75 Prozent der globalen Erdölreserven. Zwei Drittel der weltweiten Gasreserven liegen in Russland, dem Mittleren Osten und am Kaspischen Meer. Diese großenteils instabilen Regionen sind darum umworben und teilweise umkämpft.

Der Zeitpunkt der maximalen Ölförderung, der so genannte Ölpeak, liegt nach den meisten wissenschaftlichen Prognosen im Zeitraum um 2020; manche sehen ihn bereits jetzt schon erreicht. Ein weiterer und dramatischer Anstieg der Preise für Öl und Gas ist für das Überschreiten dieses Scheitelpunkts vorprogrammiert. Er wird vor allem den Entwicklungsländern schaden, die für Energieimporte im Vergleich zur Wirtschaftskraft schon jetzt ein

Mehrfaches der Industrieländer aufwenden müssen.

Die Ausfahrten in Richtung einer zukunftsfähigen Energieversorgung sind nicht beliebig und müssen rechtzeitig genommen werden: Der Rückgriff auf Kohle als Brennstoff beschleunigt die Erderwärmung. Atomenergie ist unverantwortlich riskant im Betrieb und bei der Entsorgung. Ohnehin sind auch die Kernbrennstoffe in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht. Um die globale Erwärmung auf zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, muss der Ausstoß von Klimagasen bis 2050 halbiert werden. Das bedeutet für die Industrieländer 80 Prozent weniger Emissionen - eine gewaltige politische und technologische Herausforderung. Doch ohne einen frühzeitigen systematischen Wechsel im globalen Energiesystem wird es keine Energiegerechtigkeit geben. Katastrophale Folgen für Mensch und Umwelt wären unabwendbar.

Rund 1,8 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Elektrizität und sind damit von einer elementaren Lebensgrundlage und wesentlichen Chancen auf ökonomische und soziale Teilhabe ausgeschlossen. Mit dem überkommenen fossil-atomaren Energiesystem wird sich jedoch das gleiche Recht auf ökonomische und soziale Entwicklung - wie es die Industrieländer mit Selbstverständlichkeit für sich in Anspruch nehmen - für die Schwellen- und Entwicklungsländer nicht verwirklichen lassen. Auch hier bieten erneuerbare Energien die zukunftsfähige Alternative. Verbrauchersparungen in Industrieländern wirken darüber hinaus preisdämpfend auf den Energierohstoffmarkt. Sie sind deshalb für Entwicklungsländer ökonomisch hilfreich und gerecht.

Eine Rohstoffsicherungspolitik im nationalen Rahmen ist mittelfristig nicht mehr vorstellbar. Die Verringerung der Abhängigkeit von Importen fossiler Rohstoffe muss auch aus deutscher Sicht als eine europäische Angelegenheit betrieben werden. In die Auseinandersetzungen um die europäische Energiepolitik wird sich die Linke verstärkt einmischen.

Drei Aspekte sollten dabei zunächst im Mittelpunkt stehen:

1. Die sichere Versorgung Europas mit Energierohstoffen ist angesichts der Importabhängigkeit ein berechtigtes Interesse der Europäischen Union. Doch die weiterhin dominierende Fixierung der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf fossile Energieträger, ja sogar auf einen wachsenden Verbrauch dieser Rohstoffe, wird zu einer Verstärkung der imperialen Tendenzen in der Außenpolitik führen. Es steht zu befürchten, dass dieser Prozess wachsenden Einfluss auf die europäische Sicherheits- und Ver-

teidigungspolitik nehmen wird, welche sich bereits in den letzten Jahren militarisiert hat. Dieser Entwicklung ist entgegenzutreten: Von Europa darf kein „Krieg um Rohstoffe“ ausgehen; die strategischen Optionen der europäischen Energiepolitik müssen dies widerspiegeln.

2. Die Industrienationen sind am ehesten in der Lage, ihre Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen zu reduzieren und die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen. Die bestehenden technischen Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Nutzung erneuerbarer Energieträger und zur ressourcenschonenden Mobilität müssen angewandt, die Forschung vorangetrieben werden. Das jetzige System drängt die Entwicklungsländer dagegen ans hintere Ende der Einkäufer-Schlange. Die EU muss sich bei ihrem Klimagassaustöß zügig auf ein Einsparziel von minus 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 einigen.
3. Einige europäische Länder wie beispielsweise Schweden haben Schritte eingeleitet, die erneuerbaren und emissionsarmen Energiequellen Vorrang einräumen. Die Linke tritt für eine Politik ein, die national wie in Europa bei allen energiepolitischen Entscheidungen Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse als anzustrebenden Normalfall setzt. Jede neue Investition in Kohle, Öl und Erdgas ist künftig mit geeigneten ordnungsrechtlichen Instrumenten unter Rechtsfertigungszwang zu stellen. Der Abschied von Klimakillern und Atomwirtschaft muss als verbindliches europäisches Ziel festgeschrieben werden. Gleichzeitig sollten sich die Mitgliedstaaten auf einen europäischen „Energimix“ verständigen, die transeuropäischen Stromnetze ausbauen und den diskriminierungsfreien Zugang zu ihnen sicherstellen. So können die jeweiligen Stärken der unterschiedlichen regenerativen Energien im Stromverbund besser dazu beitragen, über alle Lastbereiche die Energienachfrage zu befriedigen.

III. Energiewende für Wirtschaft und Arbeit

In Deutschland wird das mit dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) vorsichtig eingeleitete energiepolitische Umsteuern von den großen Energiekonzernen bekämpft. Sie tricksen beim Atomausstieg, setzen weiterhin vor allem auf Kohle und Gas und verstärken damit Importabhängigkeiten. Weil sie Eigentümer der Übertragungsnetze sind, ist die Bundesrepublik trotz Bundesnetzagentur vom diskriminierungsfreien Zugang für jeden Stromproduzen-

ten weit entfernt. Vorangetrieben werden immer noch technologische Großprojekte, die die Konzentration wirtschaftlicher Macht fördern und den Arbeitsplatzabbau forcieren. Gleichzeitig sind seit der Einführung des EEG sämtliche Prognosen über den Zuwachs von Windturbinen, Solaranlagen und der Nutzung von Biomasse übertroffen worden. Dieser positive Trend lässt sich politisch weiter beschleunigen. Er schützt nicht nur das Klima, er fördert auch kleine dezentrale Produktionseinheiten und Produzenten, stärkt politische Regulierung statt politischen Einfluss wirtschaftlicher Machtzentralen. Und: Während in der traditionellen Energieproduktion und bei den großen Konzernen Arbeitsplätze verloren gehen, entstehen in der Branche der erneuerbaren Energien jährlich über 10.000 neue.

Nicht nur neue Jobs, sondern auch die volkswirtschaftliche Kostenrechnung sprechen für mehr Tempo beim Einstieg in eine nachhaltige Energieversorgung, die auf den Dreiklang von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung setzt. Zuletzt hat der Bericht des renommierten Ökonomen Sir Nicholas Stern für die britische Regierung vor dramatischen wirtschaftlichen Schäden vergleichbar mit den großen Weltwirtschaftskrisen gewarnt, die der Klimawandel hervorrufen wird. Angesichts dessen dürfte der Rechtfertigungszwang für jede konventionelle Investition auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft sein.

Um die Energiewende unumkehrbar in Gang zu bringen, sind politisch vor allem zwei Rahmenbedingungen zu setzen: Investitionssicherheit für neue Anbieter und ein diskriminierungsfreier Marktzugang. Von den großen Konzernen ist zu erwarten, dass sie nicht zuletzt aufgrund ihrer Vormacht über die Stromnetze diesen Umstieg weiter blockieren werden. Deshalb tritt die Linke dafür ein, die Stromnetze in die öffentliche Hand zu überführen.

Der Abschied von den Klimakillern ist mehr als Umweltschutz. Er bietet Chancen für neue Arbeitsplätze, für wirtschaftliche Entwicklung, für den Abbau politischer Macht in Konzernzentralen und damit auch für weniger Erpressbarkeit der Politik. Die Umstellung der Energieproduktion auf erneuerbare Energien und kleinere, dezentrale Produktionseinheiten schafft auch neue technische Grundlagen für die Energieversorgung für Unternehmen und kann regionale Wirtschaftskreisläufe stärken.

IV. Kleine Einheiten erhöhen Verlässlichkeit und demokratischen Einfluss

Große Kraftwerkseinheiten und auf sie zugeschnittene Netze und Regeltechnik fördern

zentralistische Strukturen, schwächen aber die Position von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie von Kommunen. Kleinere Einheiten und flexible intelligente Infrastruktur analog dem Internet (hohe Austauschraten kleiner Energiemengen in flachen Hierarchien) verringern die Störanfälligkeit, schränken die Wirkung terroristischer Anschläge ein und fördern lokale politische Gestaltung. Die Linke sieht in den erneuerbaren Energien und ihrer vorrangig dezentralen Struktur sowohl sicherheitspolitische als auch demokratische Chancen. Mit der wachsenden Zahl von lokalen Stromerzeugern - jeder Hausbesitzer kann theoretisch zum Stromproduzenten werden - und verringertem wirtschaftlichen Einfluss der Energieriesen wachsen die Möglichkeiten, die Energieversorgung wieder in den Bereich der demokratisch legitimierten kommunalen Daseinsvorsorge zurückzuholen. Welchen Beitrag erneuerbare Energien im Großkraftwerksmaßstab liefern können (beispielsweise Windparks in wenig besiedelten, aber extrem windhöffigen Regionen) wird sorgfältig zu prüfen sein.

V. Soziale Gerechtigkeit braucht bezahlbare Energie

Angesichts knapper werdender Energierohstoffe sind steigende Energiepreise auch für die Zukunft nicht auszuschließen. Umso bedeutsamer werden Transparenz, Kontrolle und Steuerung. Schließlich stehen insbesondere Menschen mit geringem Einkommen schon jetzt vor großen Problemen, ihre Energierechnungen zu bezahlen. Es ist darum nicht hinnehmbar, dass kartellartig organisierte Energiekonzerne Hunderte von Millionen Euro an Gewinn erwirtschaften, während Bürgerinnen und Bürger dafür am Lebensnotwendigen sparen müssen.

Die Linke tritt für eine effektive Strom- und Gaspreiskontrolle ein, die die Profite der Energiekonzerne beschneidet und damit die Preise senkt. Auf Mitnahmegewinne der Energiekon-

zerne können darüber hinaus Sondersteuern erhoben werden, deren Einnahmen in die soziale und ökologische Umgestaltung der Energieversorgung fließen. Die Forderung der Linken, Strom- und Gasnetze in öffentliche Kontrolle zu überführen, ist auch aus dem Blickwinkel bezahlbarer Energie berechtigt: Die eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Betrieb schafft mehr Wettbewerb und wirkt so dämpfend auf die Preisentwicklung.

Die Linke gehörte bislang zu den wenigen Kräften in der Politik, die konsequent dem Missbrauch umweltökonomischer Instrumente, wie Ökosteuer und Emissionshandel, entgegengetreten sind. Diese müssen stringent am umweltpolitischen Ziel ausgerichtet sein und dürfen nicht durch die Hintertür zu Sondergewinnen von Unternehmen zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher führen. So haben die milliardenschweren Extraprofite der Energieversorger im Rahmen des Emissionshandelsystems dieses nachhaltig diskreditiert. Nicht zuletzt zählt zu einer verantwortlichen Preispolitik auch, den Einfluss kommunaler Versorger und mit ihnen die Einbindung der Tarifgestaltung in die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken.

VI.

Die Linke ist gefordert, ihre politischen Konzepte unter dem Gesichtspunkt einer ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung zu überprüfen, zu verändern und neu zu denken. Dies sollte sie so konsequent tun, wie sie es beispielsweise zuvor bei der Gleichstellungspolitik getan hat. Wie gezeigt, bietet die Energieversorgung hierfür besonders gute Anknüpfungspunkte.

Eine fruchtbare Auseinandersetzung und politische Schlagkraft in der energiepolitischen Debatte ist nicht ohne die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker denkbar. Sie kann allerdings auch nicht länger an sie abdelegiert werden.

„Wir sind wie Forrest Gump“

Michael Müller

(taz vom 20.2.2007, Interview Nick Reimer)

Herr Müller, sie waren gerade beim französischen Industrieminister, um eine deutsch-französische Marktoffensive für erneuerbare Energien und damit für mehr Klimaschutz zu starten. Wie war die Resonanz?

Durchwachsen. Konkret ging es um die Windenergie, deren Bedeutung heute auch Frank-

reich herausstellt. Aber faktisch geschieht leider wenig. Frankreich hat nur ein Zehntel der deutschen Windkraft.

Frankreich hat fünfmal mehr Küste als Deutschland, dort deutlich stabilere Winde und in seinem Süden wesentlich bessere Bedingungen zur Ernte von Solarstrom. Warum tut sich eine Offensive so schwer?

Wegen der Atomkraft. Industrieminister François Loos hat uns erklärt: Frankreich hat kei-

nen Platz für grünen Strom. Dort wird jetzt ein weiteres AKW gebaut, mehr regenerative Energie wird einfach nicht gebraucht. Die Atomkraft ist das größte Hemmnis für den Umstieg in die Zukunftstechnologien.

Das verwundert in Zeiten, in denen etwa Staatspräsident Chirac mehr Engagement gegen den Klimawandel fordert. In seinem „Pariser Appell“ kritisierte er, dass „einige große, reiche Länder erst noch überzeugt werden müssen“. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?

Erklärbar ist das nur mit einer Analyse des Energiesystems. Frankreichs Netz ist voll mit Atomstrom. Und Atomstrom rechnet sich nur, wenn er in großen Kapazitäten erzeugt wird und möglichst viel davon abgesetzt wird. Unter diesen Bedingungen gibt es tatsächlich kaum Bedarf an einer Erneuerung der Stromwirtschaft in Frankreich, an neuen Technologien, an Innovation und Umdenken. Doch mit den alten Strukturen, schon gar nicht mit der Atomkraft, ist das Klima nicht zu retten. Es geht längst um mehr als nur um die Energie- und Umweltpolitik. Wir sind an einer Wegscheide: Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert der Gewalt oder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit. Das ist noch nicht entschieden. Vieles deutet darauf hin, dass die Welt auf dem ersten Weg ist: Sowohl beim Golfkrieg als auch bei dem zögerlichen Vorgehen gegen den Klimawandel geht es um die Rettung der alten Konzepte, die nur noch tiefer in die Sackgasse führen.

Immerhin: Von der Bild-Zeitung bis zur TV-Show - in Deutschland reden alle über das Klimaproblem. Das muss Ihnen doch gefallen!?

Natürlich hat der Klimaschutz Konjunktur, wie schon Anfang der neunziger Jahre. Aber es bleibt an der Oberfläche, wenn nicht auch die „Systemfrage“ gestellt wird. Das heißt: Wir brauchen eine neue Kultur, die unseren heutigen Umgang mit Zeit radikal in Frage stellt. Wir leben in einer Art permanenter Gegenwart, die von der Verkoppelung von Zeit und Geld geprägt ist. Unter dieser Diktatur der kurzen Frist wird es keine wirklichen Lösungen geben, sind wir weder zur Reflexion noch zur Antizipation fähig. Und dann führen wir auch falsche Debatten, zum Beispiel über Laufzeitverlängerung oder CO₂-freie Kraftwerke. Die Maxime von Roosevelt war: Große Herausforderungen brauchen große Lösungen. Auch heute brauchen wir mutige Schritte, so wie 1990 das Ziel der CO₂-Reduktion um 30 Prozent. Doch davon gibt es nur wenige.

Warum nicht?

Weil die Gesellschaft das Problem noch nicht durchdrungen hat.

Gut, dann lassen Sie es uns gemeinsam durchdringen!

Die kapitalistische Philosophie des „Mehr, schneller und weiter“ ist am Ende. In seiner jetzigen Form ist der Kapitalismus die Vergangenheit. Wir müssen eine neue Kulturform entwickeln, eine Kultur des qualifizierten Wachstums. Das ist nicht nur eine Frage des Weltklimas. Das wird uns auch durch die Endlichkeit der Rohstoffe und die nachholende Industrialisierung bevölkerungsreicher Schwellenländer diktiert.

Der Club of Rome hat schon vor 35 Jahren behauptet, dass die Wachstumsgesellschaft keine Zukunft hat. Seitdem nicken alle bei solchen Aussagen, stets ohne jede Konsequenz. Warum passiert nichts?

Ein wenig ist unsere Welt wie „Forrest Gump“, ein halbgebildeter Idiot, der in Teilbereichen unglaublich gut ist, aber nichts von den Zusammenhängen versteht. Wir leben immer mehr in Teilwelten mit einer Partiallogik. Der Hedgefond-Manager, der Werbemanager, der Produzent von besonders schönen Nudeln: Jeder ist in seinem Fach extrem gut. Aber immer seltener wird die Frage gestellt: Was steckt dahinter? Die Rationalität der Gesamtentwicklung geht verloren. Sie zerfällt in Teilwelten mit ganz unterschiedlichen Wahrnehmungen. Ein anderes Syndrom ist, nur noch im Hier und Jetzt zu leben. Diese Pausenlosigkeit raubt uns die Chance, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen. Würde E.on bei der Ausrichtung seiner Energiepolitik statt auf die kurzfristige Ratingbewertung oder die Rendite am Jahresende weiter in die Zukunft schauen, würde es zu ganz anderen wirtschaftlichen Überlegungen kommen.

Sie machen sich das einfach: Die Rendite von E.on anklagen, aber die Sonntagsfrage bei den Politikern unterschlagen. Finden Sie tatsächlich, dass Politik besser als E.on ist?

Ich will uns Politiker gar nicht aus der Analyse befreien! Ich plädiere nur dafür, die Klimafrage nicht als eine Frage der Menschheit zu begreifen. Sondern als die Frage der Menschheit! Das Problem ist wesentlich weiter fortgeschritten, als wir uns einzugestehen bereit sind. Der Klimawandel ist heute schon bis Mitte unseres Jahrhunderts nicht mehr zu stoppen. Tatsächlich muss die Frage des Klimaschutzes als zentrale Legitimation des Handelns in Wirtschaft, Gesellschaft, Forschung, Kultur und Politik verankert werden. Das können wir aus der Vergangenheit lernen: Vor hundert Jahren war die soziale Frage derart dominant, dass sich fortan das Handeln in der Ökonomie, in der Politik, in der Gesellschaft daran legitimieren musste.

Die Frage ist: Wer macht's?

Das ist in der Tat ein Problem. In Deutschland findet oftmals eine Auseinandersetzung der Konzepte von gestern mit den Konzepten von vorgestern statt: Oskar Lafontaine, der Klempner des staatlichen Wachstums, gegen Friedrich Merz mit seinen alten neoliberalen Konzepten, die ihre Wurzeln in den 40er Jahren haben. Die ökologische Frage war nie ein Kernpunkt der Auseinandersetzung in den deutschen Kultur- und Sozialwissenschaften. Es ging fast immer entweder um die Systemfrage Ost-West oder um die soziale Frage von Macht und Herrschaft. Die alten Antworten auf diese Fragen liefern keinen Pfad in die Zukunft. Jürgen Habermas, den ich als einen der führenden deutschen Denker schätze, hat noch Anfang der Achtzigerjahre stolz darauf hingewiesen, dass sich die deutschen Intellektuellen nicht dem Zeitgeist hingeben, was man schon daran sieht, dass sie sich nicht mit dem Modethema Ökologie befassen. Was für ein Fehler: Die ökologische Bewegung ist theoretisch nie durchdrungen worden.

Inwiefern?

Ich glaube, dass die Ökologie eine Fortentwicklung der Idee einer sozialen Demokratie ist, denn sie geht ebenfalls von der Idee der Solidarität, Gerechtigkeit und Zukunftsverantwortung aus. Wenn diese These stimmt, brauchen wir heute völlig andere Instrumente. Jene der sozialen Demokratie waren hohes Wachstum plus Nationalstaat. In globalen Zeiten ist Letzteres schon mal weitgehend weggefallen. Und Ersteres funktioniert nur noch, wenn es um die ökologische Komponente erweitert wird.

Was heißt das konkret?

Nehmen wir den Atomausstieg: Der ist nicht gegen den Klimaschutz, sondern die Voraussetzung für effektiven Klimaschutz. AKWs sind große Kraftwerke, die weit weg vom Verbraucher extrem kapitalintensiv, unflexibel und völlig überdimensioniert Strom mit einem geringen Wirkungsgrad erzeugen. Außerdem müssen große Reservekapazitäten gegen den Notfall vorgehalten werden. Das ist die Philosophie des vergangenen Jahrhunderts. Solange Unternehmen an der traditionellen Verbundwirtschaft festhalten, so lange wird es keinen Systemwechsel geben. Das ist eine Verschwendungswirtschaft und die abgeschriebenen Atomkraftwerke sind die Grundlage dieser Verschwendung. Energieversorgung kann nur dann klimaverträglich sein, wenn sie erstens verbrauchsnahe organisiert wird. Zweitens muss sie flexibel, also vernetzt und möglichst kleinteilig, organisiert werden. Und drittens muss sie dem Gesichtspunkt der Vermeidung gehorchen: Die Frage der Zukunft muss sein, wie wenig Energie muss ich bereitstellen, um sie

am effektivsten und sparsamsten zu nutzen. Große Kraftwerke rechnen sich nur, wenn sie viel Strom produzieren.

Platt gesagt: eigene Solaranlage aufs eigene Dach?

Wenn möglich, auch das. Aber um von diesem Bild wegzukommen: Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) haben einen Wirkungsgrad von 90 Prozent. AKWs nutzen weniger als 35 Prozent ihrer Primärenergie. Deutschland braucht keine AKWs für den Klimaschutz, wenn aktiv für mehr KWK die Voraussetzungen geschaffen werden.

Wenn die Kraft-Wärme-Kopplung so effektiv ist: Warum setzt sie sich dann nicht durch?

Weil die Atomkraftwerke laufen! Das ist wie in Frankreich: Der Markt ist gesättigt. Deshalb ist die Formel richtig: Wer Klimaschutz will, der muss aus der Atomwirtschaft aussteigen. Die entscheidende Frage ist: Sind wir fähig, die Zukunft so zu antizipieren, dass wir in der Gegenwart die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Nun haben Sie ja fast 10 der letzten 15 Jahre selbst mitregiert. Sind sie gescheitert?

Gewähren Sie mir Aufschub, zumal wir mit den erneuerbaren Energien die richtigen Weichen gestellt haben und sie jetzt mit einer Effizienzrevolution weiter stellen wollen. Die Frage der Zukunft ist, ob es zu einer Ökologisierung der Ökonomie kommt. Das ist die Schlüsselfrage für Wohlfahrt, für Arbeit, für Sozialverträglichkeit, für wirtschaftliche Leistungskraft, für die Innovation der Gesellschaft schlechthin. Nachhaltigkeit ist leider zu einem Plastikwort gekommen. Dabei ist Nachhaltigkeit eine Revolution.

Die SPD soll auf die Barrikade?

Die Zukunft der SPD wird sich an der Frage entscheiden, ob sie es vermag, das ökologische Thema zu durchdringen. Gelingt das nicht, wird jede Partei, auch die Sozialdemokratie, einen Niedergang erleben.

Umweltpolitiker wie Hermann Scheer, Ernst Ulrich von Weizsäcker oder auch Sie versuchen der Partei das seit 30 Jahren beizubringen. Warum sollten die Sozis plötzlich lernfähiger sein?

Die SPD ist eine Partei, die eine Theorie braucht, die eine gesellschaftliche Programmatik braucht. In den Achtzigerjahren haben wir es geschafft, Atomwaffen als politische Option zu ächten. Warum sollte es uns heute nicht gelingen, den Weg der ökologischen Selbstzerstörung zu ächten. Beim Klimawandel geht es nicht nur um den Verlust einer Pflanzenart. Nicht nur um den Verlust einer Inselgruppe. Es geht schlicht und ergreifend um die Zukunft unserer Zivilisation. Da sind wir wieder am

Ausgangspunkt: Die Alternative heißt Nachhaltigkeit oder Zerstörung.
Michael Müller ist Bundestagsabgeordneter der SPD und seit 2005 Parlamentarischer

Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung. www.taz.de.

Geesthacht 1986: Nur ein „Zwischenfall“?

Dieter Vogel

Lüneburger Landrat relativiert Ursache für Leukämiefälle in der Elbmarsch

Aus Presseberichten und Erkenntnissen der örtlichen Bürgerinitiative war zu entnehmen, dass sich am 12.09.1986 ein Atomunfall im staatlichen Forschungszentrum GKSS bei Geesthacht ereignet habe. Die Bürgerinitiative bzw. Wissenschaftler der Arbeitsgemeinschaft für Physikalische Analytik und Messtechnik (Arge PhAM) haben in der Umgebung der GKSS millimetergroße Kugeln gefunden. Physikalische Untersuchungen ergaben: Die Kügelchen enthalten die spaltbaren Stoffe Uran, Plutonium-241, Americium-241 und Curium. Einem Bericht zufolge sind solche gefährlichen Kügelchen auch in geringerer Konzentration in den Lüneburger Kreisgemeinden St. Dionys und Adendorf gefunden worden.

Wie die Lüneburger Landeszeitung im November 2006 berichtete, hat sich die Zahl der Behandlungsfälle wegen Leukämie bei Kindern im Großraum Hamburg erhöht. Die letzten bekannt gewordenen Fälle von Blutkrebs bei Kindern stammen aus Winsen und Geesthacht. Diese Orte grenzen unmittelbar an den Landkreis Lüneburg.

Die Leukämie-Kommission, die 12 Jahre lang die Ursachen für die häufigen Leukämiefälle untersuchte, ist 2004 wegen Behinderung ihrer Arbeit durch die schleswig-holsteinische Landesregierung unter Protest zurückgetreten.

Die Fraktion Die Linke im Kreistag Lüneburg fragte daher im Dezember 2006 den Landrat:

1. Hat der Landkreis Lüneburg in der Vergangenheit bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung angefragt, ob und wann die Ursachenforschung für die Leukämiefälle bei Kindern in der Elbmarsch wieder aufgenommen wird? Wenn ja, wie lautet die Antwort? Wenn nein, warum nicht?
2. Hat der Landkreis Lüneburg bei den Landesregierungen in Niedersachsen und Hamburg angefragt, was unternommen wurde, um die Ursachen für die Kinderleukämie aufzuklären? Wann ja, wie lautet die

Antwort?

3. Haben die für Gesundheit zuständigen Landkreisbehörden Untersuchungen durchgeführt, um festzustellen, ob eine Gesundheitsgefährdung der Einwohner des Landkreises Lüneburg besteht? Wenn ja, wie lautet das Ergebnis der Untersuchung? Wenn nein, warum nicht?
4. Wie viel Leukämieerkrankungen sind im Landkreis Lüneburg seit 1986 aufgetreten, wann, an welchen Orten und wie alt waren die Betroffenen?
5. Können Sie eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung durch den Atomunfall im Landkreis Lüneburg definitiv ausschließen? Wenn ja, warum?

In seiner Antwort erklärte der Landrat, dass weder bei den Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg entsprechend angefragt wurde.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung sei nicht der Ansprechpartner für den Landkreis Lüneburg, dies sei die Landesregierung Niedersachsen, die ihren Beitrag zur Ursachenforschung publiziert habe. Hamburg sei in der Vergangenheit mit der Ursachenforschung nicht befasst gewesen und sei jetzt gefordert, das Kinderkrebszentrum des Universitätsklinikums Eppendorf aufzufordern, endlich die Entwicklung der Neuerkrankungsraten an Kinderleukämien im Großraum Hamburg zu veröffentlichen.

Um abzuklären, in wieweit Erkrankungsraten im Landkreis Lüneburg auffallen, sei bereits 2001 das Kinderkrebsregister in Mainz angeschrieben und gebeten worden, die Leukämieerkrankungsrate bei Kindern im zeitlichen Verlauf mitzuteilen. Im Oktober 2006 wurde dem Gesundheitsamt die Erkrankung zweier Kleinkinder innerhalb der 5-10-km-Zone bekannt. Da ein Zusammenhang der Fälle mit dem Kinderleukämiecluster um die Geesthachter Atomanlagen nicht auszuschließen ist, wurde das Kinderkrebsregister noch einmal gebeten, die Fallzahl für die Lüneburger Kreisgemeinden zu übermitteln.

Eigene Untersuchungen habe das Gesundheitsamt nicht durchgeführt, da dies außerhalb der technisch-apparativen und personell-fachlichen Möglichkeiten einer Landkreisinsti-

tution stehe. Zudem habe es am 12.09.1986 gar keinen Atomunfall gegeben, lediglich einen „Zwischenfall“. Art, Ausmaß und die räumliche Ausdehnung einer Kontamination seien unklar, so dass weitergehende Aussagen nicht getätigt werden können.

Landrat Manfred Nahrstedt (SPD) scheint die Ursachen für die Häufung von Leukämiefällen in der Elbmarsch zu relativieren. Ob Unfall

oder Zwischenfall - klar dürfte sein, dass Geesthacht nur eines von vielen Beispielen ist, welches die Gefahren aufzeigt, die mit der „friedlichen Nutzung“ von Kernenergie einher gehen.

Dieter Vogel ist Mitglied der Kommunistischen Plattform der Linken

Guter Rat ist rar

Lothar Dölling

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (Energie-Umwelt-Verkehr – d. Red.) ist eigentlich ein diskutierfreudiges und kreatives Völkchen. Als eine Genossin aus Thüringen auf der Januarberatung die Frage stellte, was man gegen die geplante Höchstspannungstrasse quer durch den Thüringer Wald tun könnte, herrschte jedoch betretenes Schweigen. Genosse Methling konnte gerade noch einwenden, dass ein diesbezügliches Planstellungsverfahren in Mecklenburg-Vorpommern bereits gelaufen sei. Dazu im Nachgang einige Aspekte:

Erstens: Im EU-Kommissionsbericht vom August 2006 heißt es, dass die vorhandenen Kapazitäten zur Zusammenschaltung der Stromnetze für eine weitere Steigerung von Austausch und Handel zumeist unzureichend sind. Das gilt vor allem für einen europaweiten Austausch für Windenergie. So gleichen sich vom Wetter verursachte Schwankungen bei Windstrom umso besser aus, je größer und vernetzter das Einzugsgebiet ist. Nach Expertenmeinung sind geographische Entfernungen von 2000 bis 3000 km notwendig. Wenn in Deutschland Flaute herrscht, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass in Spanien der Wind weht oder umgekehrt. Als ein weiteres Argument wird angeführt, dass starke Netzverbindungen von Portugal bis Norwegen notwendig sind, um die Wasserkraftwerke in Norwegen und in den Alpen zum Schwankungsausgleich zu nutzen. Offensichtlich wurden bei den EU-Netzausbauplänen in der Vergangenheit die regenerativen Energien nicht berücksichtigt. Deshalb sollen die Offshore-Windparks in Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden mit 10 Gigawatt Gesamtleistung miteinander durch hocheffiziente Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HVDC) vernetzt werden. So ist ein 580 km langes HVDC-Seekabel, das die Niederlande und Norwegen miteinander verbinden soll, bereits im Bau. Auf fünf Jahre soll künftig die Zeitspanne, die für Planung, Genehmigung

und Konstruktion eines Netzes notwendig ist, verkürzt werden.

Zweitens: Durch die Bundesregierung wurde entsprechend den EU-Vorgaben ein Gesetzbandwurm mit der Bezeichnung „Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz“ auf den Weg gebracht. Die deutschen Netzbetreiber sicherten ihrerseits der Bundesregierung zu, den Ausbau der Stromtrassen für eine nachhaltige Einbindung der erneuerbaren Energien in die Elektrizitätsinfrastruktur voranzutreiben. Dabei geht es um jene Ausbauprojekte, die in der ersten Studie zur Netzintegration von Windenergie der Deutschen Energieagentur (Dena) festgelegt wurden. Danach soll das 36 000 km lange Höchstspannungsnetz von 380 kV bis 2015 um lediglich 845 km (plus 2,4 %) erweitert und auf weiteren 392 km verstärkt werden. Bis 2010 sollen Trassen von 460 km Länge entstehen, um „den zusätzlichen Windstrom aus Norddeutschland in die Verbrauchszentren in der Mitte und im Süden des Landes“ zu leiten. Die Anzahl der Verbindungstrassen zwischen Ost- und Westdeutschland soll sich verdoppeln, die Netze für einen erhöhten Stromhandel mit dem Ausland aufgerüstet und die Netzanbindung der geplanten Windparks in der Nordsee sichergestellt werden. Acht neue Höchstspannungstrassen von 45 bis 200 km Länge, neue Anbindungen an das 110-kV-Netz, neue Schaltanlagen und Querregler sind dazu erforderlich.

Allen Beteiligten ist klar, dass die neuen Trassen vor allem für den grenzüberschreitenden Stromhandel benötigt werden, dessen Umfang sich seit Anfang der 90er Jahre in Europa verdreifacht hat. So wechselten 2005 rund 300 Milliarden Kilowattstunden profitbringend die europäischen Grenzen.

Drittens: Wie ein Blick auf die Netzkarte zeigt, gab es bisher zwischen Ost- und Westdeutschland nur zwei Höchstspannungsleitungen (220/380 kV). Bis 2010 soll sich das ändern. So hat die sogenannte Südwestkuppelleitung, die von Sachsen-Anhalt über Thüringen nach Bayern verlaufen soll, nach Angaben von Vat-

tenfall höchste Priorität.

Auf den jeweils 80-km-Teilstücken von Bad Lauchstedt (östlich Halle) nach Vieselbach (östlich Erfurt), zwischen Vieselbach und Altenfeld (südlich Ilmenau), wurden Planfeststellungs- bzw. Raumordnungsverfahren eingeleitet, so dass bis 2008 beide Trassen in Betrieb gehen könnten. Weitere Abschnitte sind von Altenfeld nach Redwitz (südöstlich Coburg) sowie in Richtung Nürnberg, München im Bereich von E.on vorgesehen. Nicht zufällig liegt Altenfeld in Sichtweite des Vattenfall-Pumpspeicherkraftwerkes Goldisthal, dem „Goldesel“ des Konzerns. Ursprünglich zum angeblichen Ausgleich der Schwankungen beim Windstrom vorgesehen, laufen die Goldisthaler Turbinen innerhalb weniger Minuten dann an, wenn in Spitzenlastzeiten an der Leipziger Strombörse die Strompreise am höchsten sind. Vattenfall macht deshalb Tempo, um nicht nur wie bisher die Spitzenlast in Berlin und Hamburg abzudecken, sondern künftig auch im Raum Nürnberg und München. Eine weitere Trassenlücke soll in Mecklenburg-Vorpommern mit einem 75-km-Abschnitt zwischen Krümmel (südlich der Müritz) und Görries (Südrand Schwerin) bis Ende 2007 geschlossen werden.

In Brandenburg ist ebenfalls eine 110-km-Nord-Südtrasse von Bertikow/Vierraden (Schwedt) nach Neuenhagen bei Berlin bis 2010 geplant. Auch hier wurden bereits Proteste laut. Bereits in Gang gesetzt bzw. geplant ist der Trassenausbau in weiteren sechs Bundesländern.

Bezüglich der Mehrkosten des anstehenden Netzausbaus beziffert die Dena-Netzstudie den Investitionsbedarf auf ca. 1,15 Milliarden Euro in den nächsten 10 Jahren. Das sind 115 Millionen jährlich, daraus ergibt sich eine Mehrbelastung für den Durchschnittshaushalt in Höhe von 0,70 bis 1,10 € pro Jahr.

Viertens: In der Vergangenheit haben sich Windmüller, Behörden und Konzerne vor allem darüber gestritten, ob die Trassen als Freileitung oder mittels Erdkabel errichtet werden sollen. Die Windbranche war aus Umweltgründen für schneller zu realisierende Erdleitungen, die Konzerne für die billigeren Freileitungen.

Entsprechend dem neuen Infrastrukturgesetz soll es künftig möglich sein, in einem 20 Kilometer breiten Korridor von der Küstenlinie ins Landesinnere 110-kV-Erdkabel anzuwenden.

Durch Temperaturmessungen ist es möglich, die Überlandleitungen besser auszulasten und bestehende 220-kV-Höchstspannungsnetze auch mit 380 kV zu betreiben. Durch temperaturbezogenes Netzmanagement von 110-kV-Trassen können auch hier 30 % mehr Leistung übertragen werden.

Auch die höheren Anfangsinvestitionen für Erdkabel rentieren sich auf lange Sicht gegenüber den wartungsintensiven Überlandleitungen, fanden Wissenschaftler der Uni Duisburg heraus. Im sogenannten Brakelmann-Gutachten wurde nachgewiesen, dass auf der 110-kV-Ebene Erdkabel im Bau und Betrieb preiswerter als Freilandtrassen und die Genehmigungsverfahren bei Erdkabeln mit 1 – 2 Jahren wesentlich kürzer als bei Freileitungen sind.

Auch Höchstspannungsleitungen könnten prinzipiell als Erdkabel realisiert werden, obwohl diese Kabeltechnik noch am Anfang ihrer Entwicklung steht. Doch das wird von den Stromkonzernen rundweg abgelehnt. Hier wirkt weniger das Ohmsche Gesetz, Primat hat das Wertgesetz von Karl Marx. Schnellstmöglicher Maximalprofit ohne Rücksicht auf die Umwelt und die Bevölkerung bestimmen das Konzernhandeln.

Fünftens: Was können wir den Thüringer Genossen raten? Die Öffentlichkeit zum Protest und Widerstand vor Ort mobilisieren, Einsprüche zum Planfeststellungsverfahren auf allen Ebenen anstreben und gleiches Recht wie am sensiblen Küstenstreifen für den bereits durch Verkehrs- und andere Projekte sowie durch Naturgewalten insbesondere dem Orkan „Kyrill“ stark in Mitleidenschaft gezogenen Thüringer Wald, wenn notwendig auch gerichtlich einzufordern. Da der Vattenfall-Konzern im Einklang mit der Landesregierung und den Behörden nach wie vor das Sagen hat, wird die Trasse insgesamt nicht zu verhindern sein. Doch ein Erdkabel über den Rennsteig erscheint durchsetzbar.

Bücherecke

Zusammenstellung von Marko Ferst

Mojib Latif

Bringen wir das Klima aus dem Takt? Hintergründe und Prognosen

Die globale Erwärmung, schmelzende Glet-

scher, ansteigender Meeresspiegel. Es besteht kein Zweifel: Der Klimawandel ist in vollem Gange und der Mensch hat in zunehmendem Maße Anteil daran. Leider beschäftigt sich der Autor zu wenig mit den verschiedenen nichtlinearen Effekten und wie sie sich oft gegensei-

tig bedingen. Latif zeigt konkrete Handlungsoptionen und setzt sich mit den Einwänden der Skeptiker auseinander.

Fischer Taschenbuch-Verlag, 2007, 255 S., 9,95 €

Michael Succow, Lebrecht Jeschke, Hans Dieter Knapp

Die Krise als Chance – Naturschutz in neuer Dimension

Die Autoren sind ausgewiesene Geobotaniker, Landschaftsökologen und Naturschützer, Michael Succow erhielt für sein Wirken den alternativen Nobelpreis. 1989/90 entwarfen sie mit einer Schar von Mitstreitern das Nationalparkprogramm der DDR. Angesichts der globalen Dimension der Krise der Zivilisation sehen sie mehr denn je die Aufgabe einer Versöhnung mit der Natur. Sie sehen in dieser Krise auch eine Chance, freilich muss sie als letzte Chance begriffen werden. In ihrem mit vielen farbigen Landschaftsfotos ausgestatteten Band zeigen sie auf, wie Naturschutz heute umgesetzt werden müsste.

Findling, 2001, 256 S., 24,80 €

Die Linke im Bundestag (Hrsg.)

Für soziale und umweltgerechte Energiepreise. Maßnahmen gegen die Energiekrise

Für die Verbraucher und Verbraucherinnen in Deutschland verteuern sich die Energiekosten immer weiter. Die Mehrbelastungen durch gestiegene Kosten beim Heizen, aber auch bei Strom und Sprit machen mittlerweile den Gegenwert für bis zu zwei Monatsmieten aus. Das heißt für viele Privathaushalte: Es geht ans Eingemachte. Wird eine warme Wohnung zum Luxus?

Broschüre, 2007, 15 S. - Bestellung: Die Linke, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: 030-22751170, Mail: fraktion@linksfraktion.de

Al Gore

Eine unbequeme Wahrheit. Die drohende Klimakatastrophe und was wir dagegen tun können

„Vermeintlich eskaliert die Klimakrise sehr langsam, aber in Wirklichkeit schreitet sie rasend schnell voran – und hat sich zu einer bedrohlichen Krise für den ganzen Planeten entwickelt. Der chinesische Ausdruck für ‚Krise‘ wird mit zwei Schriftzeichen geschrieben: Das erste Zeichen steht für ‚Gefahr‘, das zweite für ‚Chance‘. Wollen wir der drohenden Gefahr begegnen und sie überwinden, müssen wir zuerst anerkennen, dass wir vor einer Krise stehen. Ich frage mich, warum unsere politischen Führer die eindeutigen und unmissverständlichen Warnungen ignorieren. Leugnen Sie die Wahrheit, weil sie wissen, dass sie vom Au-

genblick der Einsicht an moralisch zum Handeln verpflichtet wären? Oder ist es einfach nur bequemer, den Kopf in den Sand zu stecken und alle Warnungen zu ignorieren? Vielleicht. Aber unbequeme Wahrheiten verschwinden nicht einfach, indem man die Augen vor ihnen verschließt. Im Gegenteil: Je länger wir sie ignorieren, um so schlimmere Konsequenzen drohen uns.“ (Al Gore)

Ein Bildband mit vielen deutlichen Bildern und begleitenden Texten und Grafiken.

Riemann 2007, 327 S., 19,90 €

Spiegel Special

Neue Energien. Wege aus der Klimakatastrophe

Noch 13 Jahre bleiben der Menschheit, um die Erde zu retten. Spätestens vom Jahr 2020 an müssen die Emissionen an Kohlendioxid global stetig sinken, wenn die schlimmsten Auswirkungen vermieden werden sollen. Der Trend läuft jedoch völlig entgegengesetzt. Die Völker stoßen immer mehr Treibhausgase aus. China, Indien und andere Staaten suchen Anschluss an den Lebensstil der westlichen Staaten. Es wird berichtet über die Windenergieprojekte in der Nordsee und andere Entwicklungen bei den erneuerbaren Energien. Projekte, wie die Erde künstlich kühler gehalten werden kann und welche Probleme dabei zu bewältigen wären, werden dargestellt und vieles andere.

Spiegel Special 6, 2007, 155 S.

A. Alex, G. Renger, A. Schweiger

Licht und Heizung bleiben an - auch bei wenig Geld

Die Einkommen sinken und die Energiekosten steigen rasant. Dies stürzt viele Haushalte in große Probleme. Wo sind die Energievergeuder in unserem Haushalt? Was können private Haushalte tun, um die Kosten einzudämmen? Worauf sollten wir achten beim Kauf von neuen Geräten? Welche Temperatur ist für welchen Wohnraum angemessen? Was dürfen Vermieter und welche Rechte haben Mieter im Blick auf Energieverbrauch und -kosten?

Die Broschüre gibt einen Einblick in die „Baustellen“ des Kampfes um eine soziale und gerechte Energieversorgung. Praktisch technische Tipps zur Vermeidung von Energieverlusten stehen am Anfang jeder dauerhaften Veränderung. Schnell wird deutlich, dass Investitionen bis hin zum Wechsel in bessere Wohnräume die Frage nach den uns verbleibenden finanziellen Spielräumen aufwerfen *Bestellung: <http://www.anne-allex.de/index.php?id=bestellung> bzw. Anne Alex, 10243 Berlin, Straße der Pariser Kommune 43, Mail: info@anne-allex.de, 4,50 € zzgl. Porto*

Impressum

Hrsg.: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de

Die „Tarantel“ ist über www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter www.oekologische-plattform.de abrufbar. Ältere Papierausgaben der „Tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de, Manfred Wolf, Tel. 030/2411127, manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr

Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Wahlkreisbüro 18107 Rostock, Warnowallee 31b, Tel. 0381/7601756, Fax 7601832, wbk-wolfgang.methling@t-online.de, w.methling@linkspartei.pds.landtag-mv.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Tel. 030/22772485, Fax 030/222776485

eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de

Lutz Heilmann, MdB, Tel. 030/22770788, Fax 030/22776788, lutz.heilmann.ma01@bundestag.de
Hans-Kurt Hill, MdB, energiepolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Tel. 030/22772478, Fax 030/22776476, hans-kurt.hill@bundestag.de

Berlin

Delia Hinz, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252550, Fax 030/23252515,

hinz@linksfraktion-berlin.de, deliahinz@gmx.de

Marion Platta, MdA, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252550 Fax 030/23252515, platta@linksfraktion-berlin.de

Roland Schnell, Kieler Str. 3, 10115 Berlin, Tel.

030/39889981, schnell@fnbb.org

Brandenburg

Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842,

annemariekersten@web.de

Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 Münchenberg, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de

Dr. Dagmar Enkelmann, MdB, BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkelmann@t-online.de

Carolin Steinmetzer, MdL, umweltpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com

Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230

Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)

Erika Schulz, Dorf kern 5c, 16766 Kremmen, Tel. 033051/25709, erika-schulz@t-online.de

Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Peter Engert, (Sprecher der AG Umwelt der Links-

partei.PDS Brandenburg), K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361/344351

Christian Rehmer (Sprecher der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Brandenburg, AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim), Tel: 03334-387628, Christian.Rehmer@web.de, www.dielinke-eberswalde.de

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de

Claudia Fittkow, Im Flätich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573. ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, MdL, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Lenestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de

Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Heinz Preuß, Spittastr. 32, 31787 Hameln, Tel. 05151-409481, Hpborusso@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Ökologische Plattform Nordrhein-Westfalen, Wahlkreisbüro: Münsterstrasse 141, 44145 Dortmund, Tel: 0231-4759196, Ansprechpartner: Utz Kowalewski, wsg_kowalewski@yahoo.de

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter@web.de

Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer, MdL, umweltpolitischer Sprecher Linkspartei.PDS, Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de

Dr. Johanna-Scheringer-Wright, MdL, agrarpolitische Sprecherin Linkspartei.PDS, Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der Linkspartei.PDS, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr Aufnahme über marko@ferst.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland) Alt Stralau 1-2, D-10245 Berlin, Tel. 030-29390793, Fax 030-29390600, s.schmidt@nd-online.de

Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)